

Dossier „'Ja zur EU'-Initiative“

Der Kampf der EU für die Globalisierung, von Erik Wesselius	S. 1
Klein, unabhängig, erfolgreich: Eine Provokation für Brüssel, von Christian Weilmeyer	S. 2
Die Militarisierung der EU, von Ulla Klötzer	S. 3
Militarisierung der EU und Wandlungen des Geschlechterregimes von Susanne Schunter-Kleemann	S. 4
Die EU ist nicht umweltfreundlich, von Jonas Sjöstedt	S. 5
Vertrag von Nizza – Verschiebungen zugunsten der Grossen, Redaktion	S. 6
Nein zur EU-Beitritts-Initiative, Forum für direkte Demokratie	S. 7
Wegweisungspolitik auf höherer Ebene, von Luzius Theiler	S. 9
Widersprüchliche Positionen des schweizerischen Gewerkschaftsbundes, von Paul Ruppen	S. 10
Buchbesprechungen	S. 12
Pourquoi non à l'adhésion de la Suisse à l'Union Européenne	p. 15

Britische Gewerkschaften, Polen

Britische Gewerkschaften gegen den Euro, von Helle Hagenau	S. 18
Polen und die EU, von Olaf Swolkien	S. 20



edito

Anlässlich der EU-Beitrittsverhandlungsinizative, die etikettenschwindlerisch "Ja zu Europa" heisst, haben wir Leute aus EU-Europa eingeladen, um ihre Sicht der EU und eines eventuellen EU-Beitritts der Schweiz darzulegen. Es ist immer erfrischend, vom schweiz-zentrierten Blickwinkel der EU-Befürworter und EU-Gegner wegzukommen! Der EU nicht beizutreten, könnte durchaus ein weltbürgerlicher und weltoffener Akt sein – das Wort "europäisch" verwenden wir in diesem Zusammenhang mit Absicht nicht, da zu lokalpatriotisch. Die Texte wurden in gekürzter Form in der WoZ vom 8.2.2001 als Inserat publiziert, wobei wir für den Text von Ulla Klötzer keinen Platz fanden. Die WoZ-Seite werden wir im Pdf-Format

auch auf dem Internet publizieren. Es ist nicht so, dass wir plötzlich im Geld schwimmen – es reicht immer noch höchstens knapp für die Spesen und die Druckkosten des Europa-Magazins. Vor einer EU-Abstimmungen sollten wir aber doch ein Minimum an Aktivitäten entfalten. Zudem bleiben wir mit unseren Standpunkten in der öffentlichen Diskussion immer noch völlig unbeachtet. Da sollte man wohl etwas wagen und kleinere finanzielle Risiken eingehen. Wir hoffen, dass Sie dies honorieren. Wir haben keine "Kriegskasse" und sind, abgesehen von Ihren Basisaktivitäten, auf Geld für laufende, breitenwirksamere Aktionen angewiesen.

Paul Ruppen

Forum für direkte Demokratie und EUROPA-MAGAZIN

Die direkte Demokratie gerät in der Schweiz zunehmend unter Druck. Ein eventueller EU-Beitritt droht, sie ihrer Substanz zu berauben. Wirtschafts-, Agrar-, Gesundheits- und Umweltpolitik würden bei einem EU-Beitritt den Entscheidungskompetenzen des Volkes weitgehend entzogen. Internationale Zusammenarbeit ist für die Lösung vieler Probleme unabdingbar. Kooperation über die Grenzen hinaus darf aber nicht als Vorwand missbraucht werden, die direkte Demokratie auszuhöhlen. Denn nur die direkte Demokratie kann eine minimale, inhaltliche Kontrolle der politischen Entscheidungsprozesse gewährleisten.

Die Wirtschafts- und Währungsunion will rohstoffverschleissendes, quantitatives Wachstum forcieren. Räumliche und wirtschaftliche Konzentrationsprozesse sollen der europäischen Wirtschaft vor den übrigen Wirtschaftsmächten einen Konkurrenzvorteil verschaffen. Unter friedens-, umwelt- und entwicklungspolitischen Gesichtspunkten sind dies Schritte in die falsche Richtung: laut EU-Parlament besteht eines der Ziele einer gemeinsamen 'europäischen Verteidigungspolitik' darin, die Interessen der Union in allen ihren Aspekten zu schützen, "einschliesslich der Versorgungssicherheit in wesentlichen Punkten, wenn diplomatische Instrumente dazu nicht mehr ausreichen" (A4-0171/98 (14. Mai 98) Punkt 3).

Das **Forum für direkte Demokratie** ist eine überparteiliche Bewegung von Leuten aus dem ökologisch-sozialen Lager, die der offiziellen EU-Politik gegenüber kritisch eingestellt sind. Für Europa streben wir die Dezentralisation und Demokratisierung der bestehenden Territorialstaaten, die Verstärkung der internationalen Kooperation (OSZE, Europarat, Umweltkonferenzen, Minderheitenschutz, Menschenrechte, Sozialgesetzgebung) und die Pflege des vielfältigen Kontaktes zwischen Regionen, Staaten, Organisationen und Menschen an.

Ziel des Forums ist eine breite Information der Mitglieder über europapolitische Fragen. Dazu wird 4 Mal pro Jahr das **EUROPA-MAGAZIN** herausgegeben, das auch von Nicht-Mitgliedern abonniert werden kann. Das Forum organi-

siert Veranstaltungen und versucht, in den Kantonen Regionalgruppen aufzubauen und zu betreuen. Wenn Ihnen direktdemokratische Selbstbestimmung im Rahmen der Menschenrechte und dezentrale Strukturen in Europa am Herzen liegen, werden Sie Mitglied des Forums oder abonnieren Sie das Europa-Magazin.

Abo-Erneuerung

Den Spenderinnen, Abonentinnen und Mitgliedern, die ihren Beitrag 2001 bereits bezahlt haben, möchten wir danken. Die übrigen möchten wir bitten, uns möglichst bald ihre jeweils freudig begrüssteten Überweisungen zu machen. Wir arbeiten gratis. Jede Zahlung empfinden wir als kleine Anerkennung.

Folgende Nummern des EUROPA-MAGAZINs sind noch erhältlich. Pro Bestellung Briefmarken für Fr. 4.- und einen adressierten und frankierten C5-Brief-Umschlag:

- EM 4/1995 Dossier «Demokratie»
- EM 1/1996 Dossier «Frieden»
- EM 2/1996 Dossier «WWU»
- EM 4/1996 Dossier «Festung Europa»
- EM 1/1997 Dossier «Alternativen zur EU»
- EM 2/1997 Dossier «Echos de Suisse Romande»
- EM 3/1997 Dossier «Gleichstellungspolitik»
- EM 4/1997 Dossier «Europa der Demokratien»
- EM 1/1998 Dossier «UNO»
- EM 2/1998 Dossier «Amsterdamer Vertrag»
- EM 3/1998 Dossier «Junge zur EU»
- EM 4/1998 Dossier «Neutralität»
- EM 1/1999 Dossier «Entwicklungspolitik»
- EM 1/2000 Dossier «Euro-Keynesianismus»
- EM 2/2000 Dossier «Militärgesetz»
- EM 3/2000 Dossier «Kerneuropa»
- EM 4/2000 Dossier «Europa der Regionen»

Die meisten dieser Nummern sind auch auf unserer Homepage einzusehen (<http://www.europa-magazin.ch>)



Wie die EU die Multis pflegt

Der Kampf der EU für die Globalisierung

Heute formt die EU die europäischen Gesellschaften um. Sie sollen "international konkurrenzfähig" werden. Im selben Zug wird die wirtschaftliche Globalisierung aktiv vorangetrieben – durch bilaterale und globale Handelsabkommen. Die internationale Handels- und Investitionspolitik der EU wird dabei nach den Bedürfnissen der Multis ausgerichtet. Diese wollen neue Märkte ausserhalb der EU öffnen.

von Erik Wesselius, Holland*

In der internationalen Handels- und Investitionspolitik ist das berühmte Demokratiedefizit der EU wohl am ausgeprägtesten. Die EU-Kommission hat das Initiativrecht in diesen Fragen und sie vertritt die Mitgliedstaaten im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO. Die Vorschläge der EU-Kommission bezüglich Handel und Investitionen werden im mächtigen und abgeschirmten "133er Komitee" entschieden. Es umfasst Beamte der Mitgliedstaaten und Vertreter der Kommission. Das EU-Parlament hat keinen wirklichen Einfluss auf die EU-Handels und Investitionspolitik. Selbst gemäss der letzten Vertragsrevision von Nizza hat das Parlament nur ein Informationsrecht. Aber auch die Parlamente der Mitgliedstaaten haben im allgemeinen – oft durch den Mangel an fristgerechter Information bedingt – keine Kontrolle über die Geschehnisse im 133er Komitee oder im EU-Handelsministerrat.

Kurzum: dieser undurchsichtige Entscheidungsprozess bietet den multinationalen Firmen (Multis) einen idealen Boden für Lobbying. Die EU-Kommission kann sich mit keiner eigentlichen demokratischen Legitimation schmücken. Dafür lädt sie die Lobbies der Multis ein, der EU-Handels- und Investitionspolitik ihren Stempel aufzudrücken. Die Kommission hat sogar von sich aus Gremien von Wirtschaftsvertretern geschaffen und sie ermutigt diese, die EU-Vorschläge für eine breite neue WTO-Runde zu unterstützen. Diese Vorschläge zielen auf mehr Freihandel und zusätzliche Investitionsfreiheit.

Die ersten Schritte hin zu einer solchen relativ neuen "öffentlich-privaten" Partnerschaft wurden während der WTO-Verhandlungen über die Finanzdienstleistungen unternommen. Damals arbeitete die EU-Kommission mit einer Koalition von Industriekapitänen zusammen, die sich "Financial Leaders Group" nannte.

Bei den Vorbereitungen von Seattle koordinierte die EU-Kommission ihre WTO-Verhandlungen mit dem offiziell informellen "Investitions-Netzwerk" (Investment Network) von Wirtschaftsvertretern. Das Netzwerk wurde 1998 von der EU-Kommission initiiert und es umfasst neben Fiat, Daimler-Benz,

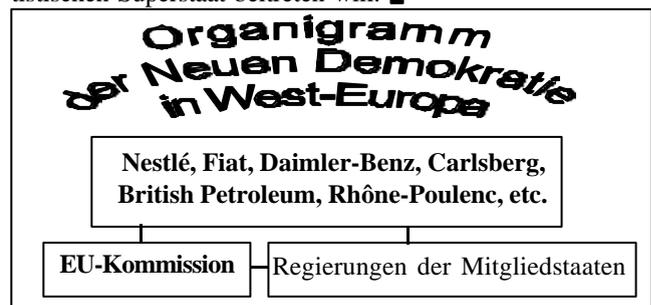
* Erik Wesselius ist Mitarbeiter der holländischen Gruppe "Corporate Europe Observer", die sich auf die Beobachtung des Einflusses der Multis auf die Politik der EU spezialisiert hat. Die Gruppe publizierte 1997 die schnell vergriffene Schrift "Europe, INC, Dangerous Liaisons between EU Institutions and Industry". 2000 erschien das Buch "Europe INC, Regional and Global Restructuring and the Rise of Corporate Power, London". Eine Deutsche Version des Buches wird im Mai 2001 im Rotpunktverlag, Zürich, erscheinen. Wir werden darauf hinweisen.

Carlsberg, British Petroleum, Rhône-Poulenc weitere 50 Multis. Das Netzwerk war offiziell gegründet worden, um die Prioritäten der EU-Multis für ein WTO-Investitions-Abkommen zu "identifizieren".

Die EU-Kommission ermutigte ebenfalls die EU-Multis des Dienstleistungssektors, ein Europäisches Dienstleistungsforum (European Services Forum, ESF) auf die Beine zu stellen. Es umfasst über 50 Multis und 36 Industrie-Verbände. Das deklarierte Ziel des Forums besteht darin, "die Unterhändler der Europäischen Union bezüglich Schlüsselhindernissen und Länder zu beraten, auf die man sich bei den Verhandlungen konzentrieren sollte". Die Deregulierungspolitik der EU-Kommission und ihre offensive Vertretung von Wirtschaftsinteressen während den WTO-Verhandlungen im Dienste einer weiteren Liberalisierung von Dienstleistungen ist schockierend. Die GATS-Verhandlungen (General Agreement on Trade and Services), die im Februar 2000 in Genf starteten, betreffen Sektoren wie Tourismus, Energie, Wasser, Nahrungsmittelverteilnetze, Kultur, Gesundheitssystem, Erziehung und Sozialdienste.

Durch die enge Zusammenarbeit mit den Wirtschaftslobbies kann die EU-Kommission den EU-Mitgliedstaaten mit einer Verhandlungsstrategie entgegenzutreten, die durch die EU-Industrie abegesegnet ist. Dies stärkt die Vorschläge der EU-Kommission und wertet deren Position gegenüber den Mitgliedstaaten auf. Die enge und relativ diskrete Zusammenarbeit zwischen der Kommission und der Wirtschaft wird versteckt durch publizistisch ausgeschlachtete, aber wenig konkrete "Dialoge" mit der Zivilgesellschaft.

Die nahe Verbindung von EU-Kommission und Multis – verbunden mit Übungen in "virtueller Demokratie" – sind das unmittelbare Ergebnis der Strukturen und der Institutionen der Europäischen Union. Ihre zentralistischen und technokratischen Tendenzen sind schweizerischen Traditionen der direkten Demokratie diametral entgegengesetzt. Das Schweizer Volk sollte es sich gründlich überlegen, ob es diesem korporatistischen Superstaat beitreten will. ■





Bewegungen für direkte Demokratie in den EU-Ländern brauchen die realexistierende direkte Demokratie in der Schweiz.

Klein, unabhängig, erfolgreich: Eine Provokation für Brüssel

Der Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union hätte nicht nur gravierende Folgen für die Demokratie im Lande selbst, sondern auch für viele direktdemokratische Initiativen in Europa. Die Schweiz war - und ist noch immer - ein grosses Vorbild für direktdemokratische Bewegungen in Europa. Sie inspiriert und motiviert Initiativgruppen, die sich für direkte Bürgerinnen-Mitbestimmung einsetzen. Dort scheint alles Wirklichkeit, was man für das eigene Land erst erreichen will. Dadurch wird es erst möglich, lebendig zu beweisen, dass direkte Demokratie funktioniert und entscheidende Vorteile mit sich bringt.

von Christian Weilmeyer*, Mehr Demokratie

Die Vorbildrolle der Schweiz als direktdemokratischer "Leuchtturm" Europas würde durch einen EU-Beitritt stark eingeschränkt werden. Vieles, über das die Schweizerinnen und Schweizer heute noch selbst entscheiden können, wanderte dann nach Brüssel und könnte nicht mehr der Volksabstimmung unterbreitet werden. Die Entscheidungskompetenz der Schweizer Bürgerinnen und Bürger würden nämlich massiv eingeschränkt, und im Zuge dessen auch das Instrument der Volksabstimmung nach Brüsseler Vorstellungen harmonisiert – sprich beschnitten – werden. Alt-Bundeskanzler Kohl wies darauf hin, 70% der Gesetze der Mitgliedstaaten würden mittlerweile in Brüssel gemacht!

Schon die Existenz der kleinen und komplizierten, trotzdem aber quicklebendigen und wohlhabenden Schweiz ist schlicht eine Provokation für Brüssel. Widerspricht es doch dem Dogma, dass nur in Grösse und bürgerferner Zentralisierung das Heil liegt. Ausserdem sind demokratische Prozeduren aus der Sicht Brüsseler Bürokraten zu schwerfällig. Man ist die Entscheidung im Hinterzimmer durch sogenannte Experten gewohnt.

Der oft gehörte Vorwurf, eine Schweiz ausserhalb der EU würde sich isolieren, zieht nicht. Die Schweiz zeigt, wie man Europa auch anders organisieren könnte. Die Unabhängigkeit der Schweiz ist eine Grundbedingung, um diese Hoffnung auf ein anderes Europa wachzuhalten. Es könnte ein Europa sein, in dem die Bürgerinnen und Bürger das letzte Wort haben, ein Kontinent ohne technokratischen Zentralismus und Bevormundung.

Für alle Initiativen und Bewegungen in Europa, die sich für direkte Demokratie einsetzen, ist eine Schweiz ausserhalb der EU wichtig für ihre politische Arbeit. Nicht nur wegen der Vorbildfunktion, sondern für die Weiterentwicklung der direkten Demokratie an sich. Denn diese ist ja nicht statisch. Die Art und Weise wie sie etwa in den verschiedenen Kantonen angewendet und damit fortentwickelt wird, ist eine wertvolle Unterstützung für die theoretische Diskussion in anderen Ländern. Gäbe es die vielfältige, realexistierende direkte Demokratie in der Schweiz nicht, wären viele Debatten bloss

"Trockenschwimmübungen", ohne Bezug zur Wirklichkeit. Zudem erweisen sich die Bürgerinnen und Bürger oft erfindungsreicher und kreativer als so manche Experten, die von potentiellen Gefahren direkter Demokratie raunen, die in der realen Welt gar keine Rolle spielen. Wie man es dreht und wendet, eine direktdemokratische Schweiz ist für Europa einfach eine Notwendigkeit – und eine substantielle direkte Demokratie ist nur ausserhalb der EU möglich. ■

Die Initiative "Ja zu Europa"

Die Initiative "Ja zu Europa" ist schon vom Titel her unredlich. Jene Halbinsel Asien, die wir "Europa" nennen, wird ja kaum zu bejahen oder zu verneinen sein. Wer ist schon so verrückt, gegen oder für Kontinente oder Subkontinente einzutreten? Es geht somit nicht um Europa, sondern um den EU-Beitritt der Schweiz. Es fragt sich deshalb, wieso die Initiative nicht "Ja zur EU" oder "Ja zum EU-Beitritt der Schweiz" heisst.

Der saloppe Umgang der Initianten mit Fakten beschränkt sich jedoch nicht nur auf den Titel. Sie schreiben "Art. 24 (neu): Bei den Beitrittsverhandlungen und der Anpassung des schweizerischen Rechts an das Recht der Europäischen Union achten alle Behörden darauf, dass insbesondere die demokratischen und föderalistischen Grundwerte sowie die sozialen und ökologischen Errungenschaften durch geeignete Massnahmen gesichert werden." Dadurch wollen Sie suggerieren, dass ein Beitritt zur EU ohne substantielle Einschränkungen der direkten Demokratie zu haben ist. Dabei geht mindestens die Hälfte der Entscheidungskompetenzen im Falle eines EU-Beitrittes nach Brüssel - und das weiss man schon jetzt!

* Christian Weilmeyer, Bewegung für Mehr Demokratie in Deutschland, siehe Home-Page: <http://www.mehr-demokratie.de>



Die EU will in einem Aktionsradius von 4000 km ausserhalb ihrer Grenzen intervenieren können.

Die Militarisierung der EU

Am EU-Gipfel in Nizza im Dezember 2000 beschlossen die EU-Regierungschefs formell eine gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Zum Paket gehört eine Schnelleingreiftruppe von 60'000 Mann, die 2003 bereit stehen soll. Beschlossen wurde auch ein Entscheidungsgremium in Brüssel, präsiert durch Javier Solana. Die Truppe soll innerhalb von 60 Tagen einsatzfähig sein. Die Einsatzdauer für mindestens ein Jahr ist zu gewährleisten.

von Ulla Klötzer*, Finnland

Um die anvisierten militärischen Ziele zu erreichen, müssen die EU-Schnelleingreiftruppen insgesamt 200 000 – 240 000 Mann umfassen. Diese werden durch 400 Militärflugzeuge und 100 Marineschiffe unterstützt. Der Operationsradius beträgt 4'000 Kilometer von den EU-Grenzen weg und umfasst weite Gebiete Afrikas, des Nahen Ostens und des Kaukasus. Der Beitrag Deutschlands (18 000 Mann), Frankreichs (12 000 Mann) und Grossbritanniens (12 500 Mann) beläuft sich auf ungefähr 70 % der Streitkräfte. Dies zeigt deutlich, wer darüber entscheiden wird, wie, wo und wann die Truppen einzusetzen sind.

Der französische Präsident Jaques Chirac betonte anlässlich einer Pressekonferenz in Nizza, worum es geht: die EU muss "fähig sein, Krisenmanagement zu betreiben, sobald ihre eigenen Interessen tangiert sind". Dazu braucht die EU zivile und militärische operative Kapazitäten.

Anlässlich eines gemeinsamen EU-US-Gipfels in Washington (18. Dezember 2000), begrüsst die USA das Ergebnis des EU-Gipfels von Nizza. Dieser habe "einen sehr wichtigen Schritt in der Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik markiert." Die Verpflichtungen, welche die EU-Staaten hinsichtlich Militärkapazitäten eingegangen sind, würden sowohl die EU als auch den Europäischen Pfeiler der NATO stärken. Die USA begrüsst auch die vorgeschlagenen Konsultations- und Zusammenarbeitsformen mit der NATO, die in Nizza beschlossen wurden. Diese wurden auch vom NATO-Rat im Dezember 2000 wohlwollend aufgenommen. Die USA liessen wissen, dass sie sich darauf freuen, "mit einer Europäischen Union zusammenzuarbeiten, die ihre Rolle spielt und die auf der internationalen Bühne ihre volle Verantwortung übernimmt."

Wie war es möglich, die Europäische Union schleichend zu militarisieren, ohne stürmische Debatten in den Medien und ohne kritische Kommentare der Öffentlichkeit? Wie ist es zu erklären, dass niemand protestiert, wenn ein völkerrechtswidriger Krieg "humanitäre Intervention" genannt wird? Niemand protestiert, wenn die Verwendung von abgereichertem Uran in Munition und Bomben die Zivilbevölkerungen gefährdet, die man angeblich vor Gewalt schützen wollte.

Eine mögliche Antwort auf diese Frage besteht in der extrem undurchsichtigen, europäischen "Sicherheitsarchitektur".

* Ulla Klötzer, Präsidentin der finnischen "Alternative zur EU", Vorstandmitglied der "Europäischen Anti-Maastricht Allianz" (TEAM) und Aktivistin in der Bewegung "Frauen für den Frieden", Finnland.

Alles überlappt alles: NATO-Mitgliedschaft, die ehemalige WEU, die EU, die OSZE, die Partnerschaft für den Frieden, der Europarat, der NATO-Russland Rat, unzählige Komitees, ad-hoc Gruppen, Untergruppen, etc. Wenn ein Land aus irgend einem Grund nicht in einem Gremium mitmachen kann, so findet sich ein anderes, um es zu integrieren. Und die Aktionsdefinitionen können leicht den Umständen angepasst werden, um gewünschte Militäraktionen zu rechtfertigen: "Friedenserhaltung" wird zur "humanitären Intervention" oder zum "Krisenmanagement", je nach Bedürfnissen.

Die EU-Eliten haben sich dem traditionellen Bild einer Super-Macht verschworen, und sie streben deshalb einen starken militärischen Arm an. Es sind die Bevölkerungen Europas, die mit diesem imperialistischen Machtmodell brechen müssen, indem sie eine Debatte quer durch ganz Europa starten: eine Debatte über kulturelle Werte, politische Gewaltfreiheit, alternative Sicherheitsmodelle, ökologischen und wirtschaftlichen Ausgleich, Gerechtigkeit und Respekt für menschliche Grundwerte. ■

Abschied von der Neutralität

Die blau-schwarze Regierung in Wien nimmt Abschied von der Neutralität. Im Jargon der Regierung ist Österreich nicht mehr neutral, aber bündnisfrei. Österreich ist der EU bekanntlich ohne Neutralitätsvorbehalt beigetreten. Seither hat Wien alle verteidigungspolitischen Schritte der EU mitgemacht, weitgehend noch unter der Führung der Sozialdemokraten. Die Regierenden pflegten die Aushöhlungspolitik der Neutralität als "Weiterentwicklung der Neutralität" zu bezeichnen. Bundeskanzler Schüssel sagte Anfangs Januar unverblümt, für Neutralität dürfe innerhalb der EU kein Platz mehr sein. Laut Regierungsjargon hat sich Österreich vom völkerrechtlichen Status der Neutralität weg bewegt, hin zur "Solidarität". "Ob Österreich in der Folge bündnisfrei bleiben oder einem Verteidigungsbündnis beitreten möchte, bleibt dann einer weiteren Entscheidung vorbehalten", steht in einem quasioffiziellen Bericht einer Expertenkommission, der Mitte Januar 01 erschien. NZZ. 24.1.01, S. 1



Das zweite Geschlecht wird angesichts einer dramatisch zurückgehenden Wehrbereitschaft als eine unausgeschöpfte Leistungsreserve angesehen.

Militarisierung der EU und Wandlungen des Geschlechterregimes

Die Militarisierung der EU schreitet stetig voran. Ein Gerichtsurteil des EU-Gerichtshofes, das die Waffengleichheit der Geschlechter durchsetzt, ist auf diesem Hintergrund zu sehen. Was als emanzipatorischer Erfolg gefeiert wurde, soll der schwindende Wehrbereitschaft begegnen.

von Susanne Schunter-Kleemann*, Bremen

Die Beschlüsse der letzten Dekade haben die Richtung angezeigt, in die sich die europäische Sicherheitspolitik in Zukunft bewegen soll. Es geht um die "kraftvolle Selbstdarstellung" der Union als "Führungs- und Ordnungsmacht in Europa", die machtpolitischen Ansprüchen Russlands, aber auch der USA Paroli bieten soll. Seit Amsterdam (1997) wurden wesentliche Aufgaben der Westeuropäische Union (WEU) in die EU integriert. Die WEU-Staaten einigten sich darauf, dass ihre militärischen Einheiten bei "friedenserhaltenden Aufgaben" antreten dürfen. Den zögernden, noch dem Neutralitätsdenken verhafteten EU-Ländern wird immer wieder die Waffenbrüderschaft angetragen. Und 1999 hat man den "Zivilisationsauftrag Europas" in einem ganz archaischen Sinn interpretiert. Das Jahrhundert endet, wie es begonnen hat, mit dem Krieg auf dem Balkan. Wenn auch als Begleitmusik das Lied der Menschenrechte intoniert wurde, so ist kaum zu übersehen, dass es auch um wohlverstandene Eigeninteressen der Westeuropäer ging. Damit scheint die 50-jährige Periode der "Zivilisierung Europas" nun ihrem Ende zuzugehen.

Die fortschreitende Militarisierung der EU hat zu einer paradoxen Neuerung des Geschlechterverhältnisses beigetragen. Die jüngste Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zum Dienst an der Waffe passt sich flexibel den neuen EU-Aufgaben an. Die Richter urteilten, dass Frauen nicht länger vom bewaffneten Wehrdienst ausgeschlossen werden dürfen. In der deutschen Praxis sahen sie einen Verstoß sowohl gegen die Gleichbehandlung der Geschlechter als auch gegen die Freiheit der Berufswahl. Diesen Grundrechten der deutschen Verfassung will das EuGH-Urteil Nachachtung verschaffen, indem es die Waffengleichheit der Geschlechter nach den gleichen Kriterien beurteilt, die für die Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt gelten. Der europaweit gefeierte "Emanzipationserfolg" wurde bezeichnenderweise vom deutschen Bundeswehrverband durchgekämpft, der schon seit 20 Jahren gegen das Dienstverbot für Frauen an den Waffen antritt. Dieser trug die Kosten des Verfahrens. Auch das Medienecho auf das EuGH-Urteil ist einhellig. Das zweite Geschlecht wird angesichts einer dramatisch zurückgehenden Wehrbereitschaft als eine unausgeschöpfte Leistungsreserve angesehen. Man zeigt sich erfreut, dass die

* Prof. Dr. Susanne Schunter-Kleemann, Hochschule Bremen, Wissenschaftliche Einheit Frauenstudien und Frauenforschung.

Truppe nun ihren Nachwuchsbedarf aus einem viel grösseren Bewerberinnenpotential decken kann. Schliesslich wird erhofft, dass der erwartete Zustrom von Frauen zur Bundeswehr auch deren sinkenden Attraktivität begegnet. "Denn ein höherer Anteil von Frauen dient der gewollten gesellschaftlichen Verankerung der Bundeswehr viel mehr als das zwangsweise Rekrutieren junger Männer, von denen mittlerweile jeder Zweite den zivilen Ersatzdienst vorzieht".

Mit diesem prekären Urteil werden die krassen Ungleichheiten der Geschlechtergleichstellung durch die EU-Gremien weiter verschärft. Die Weiblichkeit darf in einem weiteren gesellschaftlichen Kernbereich, dem Kriegshandwerk, in die Reserve einrücken. Leitbild des blind gewordenen Egalitätsprinzips, so wie es die EuGH-Richter vertreten, ist einmal mehr die aufstiegswillige Frau, "die ihren Mann steht". Die ausstehenden und drängenden Fragen einer sozialrechtlichen und steuerlichen Gleichstellung, die alleine den Frauen ökonomische Unabhängigkeit garantieren könnten, bleiben weiterhin unerledigt. ■

EU-Budgetsenkung für Uno-Flüchtlings-Hochkommissariat

"Die grösste Budgetsenkung mussten wir von der Europäischen Kommission hinnehmen. Als die Situation am schlimmsten war, steuerte sie mehr als 200 Millionen Dollar bei. Dieses Jahr hat sie weniger als 40 Millionen Dollar bereitgestellt. Solche Beitragsreduktionen wirken sich schlimm aus. Im Iran mussten wir beispielsweise die Rückkehrprogramme für Flüchtlinge aus Afghanistan zusammenstreichen und in Tansania die Selbsthilfe-Programme fallen lassen." Sadako Ogata, Hochkommissarin für Flüchtlinge, SonntagsZeitung, 24. 12. 00.



Für die Umwelt ist ein industrialisiertes, fortschrittliches Land ausserhalb der EU nötig.

Die EU ist nicht umweltfreundlich

Die Umwelt wird oft als Argument für die Mitgliedschaft in der EU angeführt. Es trifft sicher zu: die Lösung der meisten Umweltprobleme ist auf internationale Zusammenarbeit angewiesen. Daraus kann man jedoch nicht schliessen, dass die EU-Mitgliedschaft zu einer besseren Umweltpolitik führt.

von Jonas Sjöstedt*, schwedischer EU-Parlamentarier

Der Einfluss der EU auf die Umweltpolitik hat viele Gesichter. Es gibt da einerseits das progressive Gesicht: einige EU-Gesetze zum Schutze der Umwelt, die in allen fünfzehn Mitgliedstaaten umzusetzen sind – etwa die Regulierung des Ausstosses von schädlichen Substanzen. Diese Gesetzgebung erfolgt in der Form von Richtlinien. Die EU setzt damit verbindliche Minimalstandards, welche die Länder nicht unterschreiten dürfen. Die entsprechenden Richtlinien bedeuten – zumindest auf dem Papier – für etliche EU-Mitgliedsländer eine Verbesserung des Umweltschutzes, besonders in Südeuropa. Es muss allerdings bemerkt werden, dass die EU vor allem auf diesem Gebiete beachtliche Vollzugsdefizite zu verzeichnen hat: ein Grossteil der Klagen der EU-Kommission, die vor dem EU-Gerichtshof landeten, betreffen den Schlenker der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der EU-Umweltgesetzgebung.

Der Handel mit und die Produktion von Gütern steht am Anfang fast aller Umweltprobleme – man denke an Autos, Chemikalien, Nahrungsmittelzusätze und Lastwagen Transporte. Der freie Warenverkehr hat in der EU klaren Vorrang vor Umweltproblemen. Ein Mitgliedstaat kann aus Umweltschutzgründen keine strengeren Normen für Importgüter einführen, da dies als Behinderung des freien Warenverkehrs betrachtet wird. So werden die Mitgliedstaaten aktiv daran gehindert, die Umwelt wirksam zu schützen und eine nachhaltige Entwicklung anzustreben. Seit Schweden 1995 Mitglied der EU wurde, wirkte der EU-Binnenmarkt in Schweden schon mehrmals als Hebel für die Durchsetzung weniger strenger Umwelt-Regulierungen. Der Binnenmarkt führt somit in manchen Ländern zu tieferen Umweltstandards. Ein einzelner US-Gliedstaat hat auf diesem Gebiet mehr Freiheiten als EU-Mitgliedstaaten! Die Schweiz hätte eine einmalige Gelegenheit, im Umweltsektor eine führende Rolle zu spielen, da sie nicht durch EU-Regulierungen im Handlungsspielraum begrenzt ist. Im Ständigen Umweltausschuss des EU-Parlamentes, dem ich angehöre, wird die Schweiz oft als positives Beispiel angeführt. Diese Rolle könnte die Schweiz im Falle eines EU-Beitrittes nicht mehr spielen.

Die Politik der EU auf den Gebieten des Warentransportes und der Landwirtschaft schafft neue Umweltprobleme. Schon

* Jonas Sjöstedt, EU-Parlamentarier der schwedischen Linkspartei Vänsterpartiet, Koordinator der GUE/NGL-Fraktion des EU-Parlamentes (Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke), Mitglied im ständigen Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik des EU-Parlamentes.

oft wurden Projekte, die durch die Strukturfonds der EU finanziert wurden, für ihre umweltschädigende Wirkung kritisiert. Durch die EU-Mitgliedschaft finanziert ein Land umweltfeindliche Aktivitäten der EU. Die Transportpolitik der EU gründet auf dem Prinzip des freien Warenverkehrs und beinhaltet ein substantielles Wachstum des Lastwagenverkehrs. Als unabhängiger Staat kann die Schweiz die Bedingungen des Transitlastwagenverkehrs mit der EU aushandeln. Ist die Schweiz jedoch EU-Mitglied, so werden diese Fragen in Brüssel entschieden.

Die EU-Agrarpolitik fördert die Grossproduktion. Diese Produktionsweise hat negative Auswirkungen auf die Artenvielfalt. Die EU-Investitions-Bank wurde – abgesehen für ihren Mangel an Transparenz – vor allem auch heftig für die Finanzierung von Projekten kritisiert, welche die Umwelt im grossen Stil zerstörten – nicht nur in der EU selber, sondern auch in den Ländern, die der EU beitreten wollen.

Die EU spricht auf internationaler Ebene zunehmend mit einer Stimme, wenn es um Zusammenarbeit in Umweltfragen geht. Ein einzelner Mitgliedstaat kann keine weitergehende Vorschläge mehr einbringen. Wir brauchen heute jedoch dringend ein industrialisiertes Land, das in der internationalen Umweltzusammenarbeit als treibende Kraft wirkt.

Aus meiner Sicht gibt es keine Argumente für die Schweiz, aus Gründen des Umweltschutzes Mitglied der EU zu werden. Wenn die Schweiz den Mut aufbringt, eine ehrgeizige Umweltpolitik zu verfolgen und fortschrittliche Forderungen auf dem internationalen Parkett einzubringen, würde die Schweiz für die Umwelt mehr ausserhalb als innerhalb der EU bewirken. ■

EBRD - Finanzierung von Atomkraftwerken

Im Dezember 00 hat die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung EBRD die Gewährung eines Kredites von 215 Millionen US\$ für ukrainische Atomkraftwerke entschieden. Protestaktionen wie eine Fax-Aktion von CEE Bankwatch Network an die G7 und die EU-Kommission sowie die Lobbyarbeit vieler NRO in allen Länder Europas konnten die Kreditvergabe nicht verhindern. Die Ukraine hat am 15.12.00 als Reaktion auf die EBRD-Entscheidung wie zuvor angekündigt das Atomkraftwerk Tschernobyl abgeschaltet. EU-DNR-Rundschreiben, 1/01



Viele Medien stellten das Ergebnis von Nizza tatsachenwiderig als einen Erfolg für die Kleinen hin

Vertrag von Nizza - Verschiebung zugunsten der Grossen

Im EU-Vertrag von Nizza wurden die Stimmengewichte der (künftigen) EU-Mitgliedstaaten neu bestimmt. Dabei wurde eine Besserstellung der Grossen beschlossen. Die Grossstaaten hatten in der EU - im Widerspruch zum völkerrechtlichen Prinzip "ein Land - eine Stimme" - schon bisher mehr Stimmengewicht als die Kleinstaaten. Dieser Missstand wird durch Nizza zusätzlich verstärkt, wie die folgende Tabelle zeigt (Quelle: EU, Prozentzahlen eigene Rechnung).

Redaktion

In Nizza ergab sich die folgende neue Stimmverteilung für die Mitgliedstaaten und die Anwärter:

Land	Bevölkerung in Tausend	Bisherige Stimmzahl	In Prozent	Beschluss von Nizza	In Prozent
Deutschland	82038	10	7.46	29	8.43
Grossbritannien	59247	10	7.46	29	8.43
Frankreich	58966	10	7.46	29	8.43
Italien	57612	10	7.46	29	8.43
Spanien	39394	8	5.97	27	7.85
Polen*	38667	8	5.97	27	7.85
Rumänien*	22489	6	4.48	14	4.07
Niederlande	15760	5	3.73	13	3.78
Griechenland	10533	5	3.73	12	3.49
Tschechien*	10290	5	3.73	12	3.49
Belgien*	10213	5	3.73	12	3.49
Ungarn*	10092	5	3.73	12	3.49
Portugal	9980	5	3.73	12	3.49
Schweden	8854	4	2.99	10	2.91
Bulgarien*	8230	4	2.99	10	2.91
Österreich	8082	4	2.99	10	2.91
Slowakei*	5393	3	2.24	7	2.03
Dänemark	5313	3	2.24	7	2.03
Finnland	5160	3	2.24	7	2.03
Irland	3744	3	2.24	7	2.03
Litauen*	3701	3	2.24	7	2.03
Lettland*	2439	3	2.24	4	1.16
Slowenien*	1978	3	2.24	4	1.16
Estland*	1446	3	2.24	4	1.16
Zypern*	752	2	1.49	4	1.16
Luxemburg	429	2	1.49	4	1.16
Malta*	379	2	1.49	2	0.58
Summen	481181	134	100	344	100

* EU-Beitrittskandidaten.

Die Schweiz würde dieser Tabelle entsprechend auf 7 – 10 Stimmen kommen (Bevölkerungszahl 7 164 Tausend) und damit auf 2 – 3% prozentuales Gewicht.

Zugunsten der Grossen wurde in Nizza zudem beschlossen, dass jedes Mitglied darauf beharren kann, dass bei einer Gesetzesänderung die zustimmenden Staaten mindestens 62% der EU-Bevölkerung umfassen müssen. In 35 von 50 Berei-

chen wurde das Vetorecht der Mitglied-Staaten abgeschafft, was wiederum vor allem die Kleinstaaten betrifft. Die Kleinstaaten geben ihr Anrecht auf einen ständigen EU-Kommissionssitz auf, sobald

die EU mehr als 26 Mitglieder aufweist. Die genauen Modalitäten wurden noch nicht geregelt. Die Grossen, die ihren Einfluss auch formell stärken konnten, verzichten – auf symbolischer Ebene – auf einen Kommissar und stellen künftig wie die Kleinstaaten je einen Kommissar. Die Zentralisierung der EU wurde verstärkt: der Ministerrat kann die demokratisch nicht legitimierten Vorschläge der EU-Kommission nur mit mehr einer 2/3-Mehrheit abändern. Die Tendenzen hin zu einen dominanten Kerneuropa wurden verstärkt: 8 Staaten können im Rahmen der EU Alleingänge unternehmen und damit die anderen unter Zugzwang setzen.

Von den Medien wurden die Ergebnisse von Nizza als Minischritt und Stärkung der Kleinen hingestellt. Dies steht in der Tradition des neu-orwellschen Sprachumdeutung: Verlust von Demokratie wird als Demokratiegewinn, Verlust an Souveränität als Souveränitätsgewinn, weniger Einfluss als Einflussgewinn, völkerrechtswidrige Militäreinsätze als humanitäre Aktion dargestellt. Damit wird krasse Desinformation der Bevölkerung betrieben. Dies können sich jeweils Kräfte erlauben, die ein Quasimonopol in der Medienlandschaft halten. ■



Es gibt viele Gründe gegen einen EU-Beitritt der Schweiz

Nein zur EU-Beitritts-Initiative

Der massive Demokratieverlust und die milliardenschwere Umverteilung von Volkseinkommen – von unten nach oben – stellen die wohl wichtigsten Gründe gegen einen EU-Beitritt der Schweiz dar. Für die Umwelt bedeutet ein Beitritt auch nichts gutes (siehe Artikel von Jonas Sjöstedt in dieser Nummer).

Forum für direkte Demokratie

Ein EU-Beitritt ist antidemokratisch

Ein Beitritt zur EU würde eine massive Einschränkung der direkten und der parlamentarischen Demokratie in der Schweiz bedeuten. Laut einer Studie¹⁾, die im Auftrag des Bundesrates durchgeführt wurde, würde weit mehr als die Hälfte der Gesetzgebungskompetenzen im Falle eines Beitritts an die EU abgetreten. Den massiven Demokratieverlust versuchen die Befürworter durch den Hinweis zu entkräften, wir müssten in Brüssel mitreden. Allerdings reden in Brüssel die Bundesräte und Chefbeamte mit, und nicht die Stimmberechtigte Bevölkerung. Es ist der Bundesrat, der durch einen EU-Beitritt etwas Souveränität hinzugewinnen würde (die Schweiz hätte einen Stimmenanteil von weniger als 3%!). Die stimmberechtigte Bevölkerung würde jedoch massiv an Souveränität verlieren.

Eine zusätzliche Demokratisierung der EU kann die Demokratieverluste eines EU-Beitrittes aus folgenden Gründen nicht wettmachen: (1) Vermutlich wird es in der EU höchstens für eine parlamentarische Demokratie reichen. Allerdings ist selbst eine solche recht unwahrscheinlich. Für die Regierungen ist es interessant, Dinge in Brüssel zu beschliessen, mit denen sie vor ihren Parlamenten Mühe hätten. An einem Abtreten von Macht an das EU-Parlament wird jedoch kein Interesse bestehen. Auch die Multis sind an den jetzigen Institutionen interessiert, da diese ihnen grosse Einflussmöglichkeiten eröffnen. Kräfte für eine wirkliche Demokratisierung der EU sind nicht in Sicht.

(2) Durch die Schaffung eines Grosstaates werden die Entscheidungszentren von der Bevölkerung entfernt. Die räumliche und zeitliche Entfernung der Individuen von den Machtzentren wurde zwar durch die Entwicklung der Kommunikationsmittel vermindert. Es gibt aber auch eine soziale Distanz, die durch technische Hilfsmittel nicht vermindert werden kann. Die soziale Distanz kann durch verschiedene Masse zum Ausdruck gebracht werden: Ein Mass für die soziale Distanz zu Parlamentariern ist etwa die Anzahl der Parlamentarier dividiert durch die Anzahl der Personen, die sie vertreten. Entsprechend wäre die soziale Nähe eines Schweizer Bürgers zu einem Parlamentarier ca. : $244:4'500'000 = 0.0000542$. Die soziale Nähe eines Schweizer Bürgers zu einem EU-Parlamentarier wäre demgegenüber $16:4'500'000 = 0.0000036$ (es wird oft davon ausgegangen, dass die Schweiz 16 EU-Parlamenta-

¹⁾ Staatsrechtliche Auswirkungen einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union, Vier juristische Studien im Rahmend es Integrationsbereichs 1999 des Bundesrates, Zürich, Schulthess, 1999

rier stellen würde). Damit hätte sich die soziale Entfernung um den Faktor 15 vergrössert.

Ein EU-Beitritt ist unsozial

Ein EU-Beitritt würde eine jährliche, milliardenschwere Umverteilung von tieferen zu höheren Einkommen bedeuten. Die Erhöhung der unsozialen Mehrwertsteuer auf das Doppelte (15%) würde vor allem die tieferen Einkommen belasten, da diese gewöhnlich das gesamte Einkommen für Konsum ausgeben (müssen). Durch die Verdoppelung der Mehrwertsteuer würde der Druck auf die kantonalen, progressiven Einkommenssteuern steigen, um Gutverdiener zu bevorzugen. Bestimmte Steuern auf Kapitalbesitzer würden wegfallen (Steuern auf Wertpapiergeschäfte: 300 Millionen pro Jahr, Kapitalzufuhrsteuern: 340 Millionen jährlich. Quellensteuer: 250 Millionen jährlich). Die Zahlung an die EU (ca. 3.125 Milliarden pro Jahr) werden über Steuergelder berappt, während die Profiteure steuerlich entlastet werden. Zuletzt wäre mit einer Anhebung des Zinsniveaus zu rechnen (ca. 1.5% – 2%). Die entsprechenden Mietzinserhöhungen würden erneut besonders die niedrigen Einkommen belasten.

Der gesamte, milliardenschwere Kaufkraftentzug, der dadurch den unteren Einkommensschichten auferlegt wird, hätte wiederum negative wirtschaftliche Auswirkungen (Sinken der Nachfrage, Druck auf die Löhne, Arbeitslosigkeit). Alle diese Fakten können dem Integrationsbericht 1999 entnommen werden!. Angesichts dieser Lage mit der Mutterschaftsversicherung hausieren zu gehen, wirkt unglaublich: die massive Umverteilung von Volkseinkommen zugunsten der Wohlhabenden steht in keinem Verhältnis zur Mutterschaftsversicherung, die man übrigens auf demokratischem Wege einführen könnte – sofern die Mehrheit der Stimmberechtigten dies wünscht.



Wirtschaftliche Folgen

Durch den EU-Beitritt müsste der Schweizer Franken und damit die eigenständige Währungs- und Konkurrenzpolitik aufgegeben werden. Die Geldpolitik würde in Frankfurt entschieden und nach den Interessen der Grossstaaten in der EU ausgerichtet.

Grossgebilde - korruptionsfördernd

Die EU-Kommission musste 1999 demissionieren, weil ein mutiger Beamter nicht länger schwieg und das EU-Parlament über die Missstände informierte. Die EU-Kommission musste zwar abdanken, die milliardenschwere Misswirtschaft, Korruption und Begünstigung geht aber weiter. Der Beamte durfte seine Stelle in der EU-Bürokratie nur behalten, weil er sich verpflichtete, fürderhin zum Fall zu schweigen. Wo eine direkt-demokratische Kontrolle durch den Bürger fehlt, kann Korruption fast ungehindert entstehen.

Undemokratische Grossgebilde fördern Profiteur-Mentalität

Aus vergleichenden Studien in der Schweiz weiss man: je mehr direkte Demokratie, desto besser die Steuermoral. Erklärt werden kann dies durch die direktdemokratische Kontrolle über die Ausgaben der öffentlichen Hand. Man ist eher bereit zu zahlen, wenn man über die Mittelverwendung mitbestimmen kann. Je direktdemokratischer ein System, desto effizienter ist denn auch der Einsatz öffentlicher Gelder. In der undemokratischen EU werden die Menschen hingegen dazu angehalten, möglichst viel profitieren zu wollen und möglichst wenig zu zahlen (siehe z.B. Agrarmisswirtschaft der EU). Dieses Phänomen wird durch die Grösse der EU noch gefördert.

Die Landwirtschaft gerät unter die Räder

Im Integrationsbericht 1999 steht: "Nach einem EU-Beitritt würde sich der wirtschaftliche Druck auf die Schweizer Landwirtschaft erhöhen. Die Produzentenpreise werden durch die EU-Märkte bestimmt. Diese sind tiefer als diejenigen in der Schweiz und dürften im Zeichen der Agenda 2000 noch sinken. Die Agenda 2000 sucht nämlich einer neuen Verhandlungsrunde in der Welthandelsorganisation (WTO) und einem Beitritt neuer Staaten zur EU Rechnung zu tragen. Die Markterlöse werden entsprechend zurückgehen. Tiefere Kosten und Direktzahlungen können diese Verluste nur zum Teil kompensieren. Die Schweizer Landwirtschaft müsste deshalb die Wettbewerbsfähigkeit deutlich erhöhen. Wer hauptberuflich von der Landwirtschaft leben will, müsste mehr Milch, Getreide oder Fleisch produzieren als der heutige Durchschnittsbetrieb." S. 363

Damit ist auch die ökologische Ausrichtung der Landwirtschaft gefährdet, da die Produktionsintensität steigen müsste. Das Einkommen der Landwirte würde von heute 9.5 Milliarden auf 6.7 Milliarden sinken (S. 103). Der Druck auf Familienbetriebe steigt und fördert die Landflucht und Abwanderung in andere Wirtschaftszweige. Eine kleinstrukturierte Landwirtschaft ist jedoch im Interesse der Schweiz (Siedlungsstruktur, Kulturlandschaft, soziale Gründe, etc.).

Es geht ja nur um Verhandlungen!?

Es ist schon heute klar, was bei EU-Verhandlungen herauskommt. Die EU verlangt von allen neuen Mitgliedern die bedingungslose Übernahme des *Acquis Communautaire*. Es handelt sich um mehr als 20 000 Seiten Gesetze. Die Schweiz könnte nur etwas in Bezug auf Übergangsbestimmungen und Beitragszahlungen herausholen. Die Demokratieverluste und die unsoziale Umverteilung stehen schon heute fest.

Was ist die EU?

Etliche Argumente gegen einen Beitritt ergeben sich auch aus den Zielen der EU.

(1) Die EU ist ein Grossmachtprojekt zwecks Sicherung von Absatzmärkten und Rohstoffzufuhr. Im Verlaufe der 90er Jahre ist dieser Aspekt, der für Interessierte immer schon offenkundig war, auch von offizieller EU-Seite zunehmend in den Vordergrund gerückt worden: Laut EU-Parlament besteht eines der Ziele einer gemeinsamen 'europäischen Verteidigungspolitik' darin, die Interessen der Union in allen ihren Aspekten zu schützen, "einschliesslich der Versorgungssicherheit in wesentlichen Punkten, wenn diplomatische Instrumente ... dazu nicht mehr ausreichen" (A4-0171/98(14. 5. 98) Punkt 3).

Die Schweiz würde durch die Beteiligung an diesem Grossmachtprojekt dieses stärken, was weder für den Weltfrieden noch für die "Entwicklungsländer" positiv ist. Die ideologische Komponente: Um den Grossmachtcharakter der EU zu verdecken, wird sie als Friedensprojekt getarnt.

(2) Die EU ist ein Projekt, um wichtige Entscheidungen der demokratischen Kontrolle der Bevölkerungen der Mitgliedstaaten zu entziehen. Hinter verschlossener Tür können die Regierungen – unter Einfluss der Multis und unter Missachtung der Gewaltentrennung – Gesetze schaffen, die in den Parlamenten der Mitgliedstaaten ohne den Druck der EU kaum Erfolgsaussichten gehabt hätten. So konnte etwa die massive Deregulierung im Interesse der Multis nur im Rahmen der EU erfolgen. Die ideologische Komponente: Um den antidemokratischen und multifreundlichen Charakter der EU zu verdecken, wird die EU als Projekt zwecks künftiger demokratischer Kontrolle der Multis und der deregulierten Wirtschaft getarnt.

(3) Die EU ist ein Deregulierungsprojekt. Mit Hilfe der Subventionierung von Transportmitteln und dem Abbau von Handelschranken soll die Konkurrenz angeheizt werden und eine Strukturbereinigung (Fusionen!) in Westeuropa stattfinden. Dadurch sollen sich die westeuropäischen Industrien Konkurrenzvorteile gegenüber der übrigen Weltwirtschaft verschaffen. Durch die verschärfte Konkurrenz können die Löhne unter Druck gesetzt werden. Die verschärfte Strukturbereinigung schafft Arbeitslose, Druck auf die Löhne und Disziplinierung der Arbeitskräfte. Die ideologische Komponente: Um den antisozialen Charakter der EU zu verdecken, wird sie als notwendiges Instrument für die Lösung jener sozialen Probleme hingestellt, die sie schafft oder verschärft.

(4) Die EU frisst die Umwelt. Das Entwicklungsmodell der EU ist darauf angelegt, der Umwelt genau soviel zuzugestehen als nötig ist, um quantitatives Wirtschaftswachstum auch für die Zukunft abzusichern. Zwecks Einbindung der Umwelt-



Mit der EU ins Wasser fallen?

Wegweisungspolitik auf höherer Ebene

Einer der prominentesten Mitglieder der Initiativbefürworter ist der berühmte Stadtberner Polizeidirektor und Nationalrat Kurt Wasserfallen. Seine EU-Begeisterung sagt viel über die "Offenheit" der EU aus.

von Luzius Theiler, Bern

Demonstrationen sind Wasserfallen grundsätzlich zuwider. Vor zwei Jahren verbot er die Kundgebung von "Amnesty International" zum 50-jährigen Jubiläum der Menschenrechtsklärung wegen "Beeinträchtigung des Weihnachtsverkaufs". Vor kurzem versuchte er mit allen Mitteln eine Verurteilung von Christiane Brunner wegen Teilnahme an einer "illegalen Kundgebung" auf dem Bundesplatz am Abend der Abstimmung über den Mutterschaftsurlaub zu erreichen. Er kann den zweimaligen klaren Freispruch der Ständerätin vor Gericht heute noch nicht verwinden.

Damals noch Mitglied des Berner Kantonsparlamentes boxte Wasserfallen einen "Wegweisungsartikel" ins neue Polizeigesetz. Dieser rechtsstaatlich skandalöse Paragraph erlaubt es, Leute vorübergehend wegzuweisen, "wenn der begründete Verdacht besteht, dass sie oder andere, die der gleichen Ansammlung zuzurechnen sind, die öffentliche Ordnung gefährden oder stören".

Unter der zynischen offiziellen Sprachregelung "Stadtpflege" wendet Wasserfallen den Wegweisungsparagraphen munter an, etwa gegen Obdachlose, öffentliche Biertrinker und sogar gegen Ärzte der "ambulanten Medizin", die Jun-

kies Überlebenshilfe leisten. Auswärtige müssen darüber hinaus mit einem Stadtverbot rechnen. Fast alle bis heute gerichtlich beurteilten Wegweisungen wurden wieder aufgehoben – aber begreiflicherweise nehmen nur wenige der Weg- und Ausgewiesenen die Mühsalen und Kostenrisiken eines Ganges zur Justiz in Kauf.

Wahrscheinlich muss Wasserfallen von Zeit zu Zeit einigen etwas unflexiblen Gesinnungsfreunden aus der rechtsbürgerlichen Szene seine EU-Begeisterung erklären. Für uns ist seine Haltung ganz logisch: Mit der rasch vorangetriebenen Umsetzung der Verträge von Schengen und Dublin betreibt die EU Wegweisungspolitik auf höherer Ebene. Denn die vielgerühmte Niederlassungsfreiheit im EU-Raum gilt nur für einen Teil der Bewohnerschaft. Arbeitslose, Obdachlose, Personen, die "Sittlichkeit und Sicherheit" gefährden, sind ganz oder teilweise ausgeschlossen, sogenannte "Drittstaatenausländer" von ausserhalb der EU sind völlig rechtlos.

Eine Schweiz ausserhalb der "Festung Europa" werde zur "Unsicherheitsinsel", argumentiert Wasserfallen immer wieder. Sicherheit durch Europol, Eingreiftruppe und Abschottung gegenüber den ärmeren Ländern? Dann schon lieber auf der Insel leben. ■

verbände und der Absicherung des Wirtschaftswachstums wird für die Umwelt in letzter Zeit in der EU einiges an Aktivismus entfaltet, der vor allem auch für privatwirtschaftliche Umwelt-Büros lukrativ ist. Die schweizerische Politik zielt diesbezüglich auf das selbe inakzeptable Ziel. Die EU ist jedoch ein Projekt, um den angestrebten Entwicklungspfad machtpolitisch zusammen mit den USA (NATO) gegenüber den armen Ländern abzusichern. Die ideologische Komponente: Die EU wird als Projekt für die notwendige grenzüberschreitende Lösung von Umweltproblemen getarnt.

(5) Die EU ist ein Vereinheitlichungsprojekt für Westeuropa. Dies ist einerseits kulturell schädlich, da Kultur von Vielfalt lebt. Zudem ist für künftige Problemlösung nachteilig, da wir nur weiterkommen, wenn die verschiedenen Länder mit Problemlösungen experimentieren (z.B. im Umweltschutzbereich). Dies zu aller Nutzen.

Die ideologische Komponente der EU wird heute vor allem von der westeuropäischen Sozialdemokratie und grossen Teilen der Grünen getragen. Um dieses vordergründig vielleicht seltsame Phänomen zu erklären, ein Zitat aus *Le Monde Diplomatique*: "Die Einbindung der sozialdemokratischen Eliten in die höheren Ränge der Staatsverwaltung, die Chefetagen von Industrie und Finanzwelt und in das privatwirtschaft-

liche Milieu verdichtet sich im selben Mass, wie ihre Anbindung an die Welt der Arbeit sich lockert. Angesichts der Unentschiedenheit einer europäischen Protobourgeoisie, die noch zwischen den Polen ihrer jeweiligen nationalen Basis, ihrer transnationalen Beziehungen und ihrer europäischen Interesse hin- und herschwankt, hat die Sozialdemokratie systematisch die Aufgabe übernommen, das liberale Feuer von Maastricht und Amsterdam anzufachen. So verhält sie sich vorerst wie der Generalbevollmächtigte des neuen europäischen Imperialismus". (Daniel Bensaïd, *Le Monde diplomatique*, Dezember 1998).

Internationale Zusammenarbeit für die Lösung konkreter Probleme Ja. Massive Kompetenzabtretung an demokratisch nicht kontrollierbare supranationale Organisationen Nein. ■



Der Schweizerische Gewerkschaftsbund ist für den EU-Beitritt, aber gegen die Liberalisierung der öffentlichen Dienste.

Widersprüchliche Positionen des schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Die Gewerkschaften rügen einerseits die Liberalisierungspolitik der EU, wollen aber trotzdem beitreten. SGB-Präsident Rechsteiner will in die EU, ohne jedoch an der Währungsunion teilzunehmen. Gewerkschafter wie Rennwald rühmen die Währungsunion hingegen als künftiges Instrument im Dienste der Wirtschaft. Margrit Meier will möglichst lange ein tieferes Zinsniveau, aber möglichst schnell in die EU. Dazu will sie entsprechenden Übergangsbestimmungen, ohne sich darum zu kümmern, um so etwas machbar ist. Da werden die sozialen Errungenschaften der EU gepriesen - und dann nebenbei die neoliberalen Politik und die Arbeitslosenzahlen erwähnt. Die 50 Millionen Armen werden nicht angeführt. Die Demokratieverluste wollen die Gewerkschaften immer noch durch das hierfür untaugliche Instrument des fakultativen Referendums wettmachen.

von Paul Ruppen

Der schweizerische Gewerkschaftsbund begründet seine Ja-Parole zur "Ja-zur EU-Initiative" mit folgenden Worten. "Eine Integration unseres Landes in das 15-Länder-Europa hätte positive Auswirkungen auf die Sozialversicherungen und auf das Arbeitsrecht, wie die folgenden Beispiele zeigen:

- In der EU ist die Mutterschaftsversicherung längst realisiert. Der Mutterschaftsurlaub beträgt 14 Wochen vor oder nach der Niederkunft mit Lohnfortzahlung oder Zahlung einer entsprechenden Leistung.

- In den meisten EU-Ländern ist die Arbeitszeit kürzer als in der Schweiz. In den EU-Ländern wird durchschnittlich zwei Stunden pro Woche weniger gearbeitet als in der Schweiz. In der EU ist die wöchentliche Arbeitszeit auf 48 Stunden beschränkt, Überstunden inbegriffen. In der Schweiz hingegen ist es möglich, weit darüber hin-aus zu gehen.

- Teilzeitbeschäftigte geniessen in der EU Rechte, die hierzulande unbekannt sind. Eine Teilzeitangestellte/ein Teilzeitangestellter, welche/welcher eine Vollzeitstelle ablehnt, darf nicht entlassen werden, und der Arbeitgeber hat die Wünsche nach einer Erhöhung des Arbeitspensums nach Möglichkeit zu berücksichtigen.

- In der EU hätten die Schweizer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehr Mitwirkungsrechte, und sie wären gegen Kündigungen besser geschützt, insbesondere bei Betriebsverlegungen und Betriebsschliessungen.

- In der EU haben die Arbeitnehmenden einen viel leichteren Zugang zu Bildungsmöglichkeiten als in der Schweiz." (SGB-Preessedienst, Nr 1, 2001, S 4)

Dazu ist folgendes zu bemerken. (1) Die Aussagen sind oft zu wenig detailliert, so dass ihre Relevanz kaum eingeschätzt werden kann. Was ist z.B. unter "Mitwirkungsrechten" zu verstehen? Die "Mitbestimmungsrechte" in den "europäischen" Betriebsräten beschränken sich jedenfalls auf Anhörungs- und Informationsrechte. Die entsprechenden Rechte in der neuen "europäischen Aktiengesellschaft" sind noch nicht beschlossene Sache und werden sich im allgemeinen ebenfalls auf Anhörungs- und Informationsrechte beschränken. Was bedeuten diese Rechte gegenüber dem mas-

siven Liberalisierungsdruck in der EU, der sich auf die Löhne, die Arbeitslosigkeit und auch auf die "Disziplin" der Arbeitnehmer auswirkt? Der SGB schreibt: "ohne diese Rahmenbedingungen (z.B. griffiger Beschäftigungspakt) besteht nach wir vor das Risiko, dass die Währungsunion zu vermehrtem Lohndruck und/oder Beschäftigungseinbrüchen in einzelnen Ländern führt" (SGB-Dokument, Nr. 74, S. 5). Es ist nicht sehr überzeugend, solche realen Risiken zu erwähnen und dann trotzdem recht feurig Ja zur EU zu sagen.

(2) Die Sozialbestimmungen der EU sind "soft law", weiche Gesetze, die oft auf Zustimmung der Beteiligten beruhen. Die EU verabschiedet davon gerade so viele, wie es braucht, um bei den Gewerkschaften gewisse Hoffnungen auf Besserung zu wecken. Die Deregulierung mit ihren sozialen Folgen hingegen wird hart durchgesetzt. Die vermehrte Standardkonkurrenz und die dadurch verursachte Schwächung der "nationalen" Gewerkschaften ist dabei wohl ein von den Multis gewünschtes Nebenprodukt der EU. Auf absehbare Zeit werden die Gewerkschaften in Europa dem nichts entgegensetzen können. (siehe dazu Andrew Watt, What has Become of Employment Policy? Explaining the Ineffectiveness of Employment Policy in the European Union, Basler Schriften zur europäischen Integration, 2000, Nr. 47/48).

(3) Die obigen Reformen können in der direkten Demokratie ohne weiteres eingeführt werden, wenn dies eine Mehrheit der Stimmberechtigten wünscht. Offenbar ist der Gewerkschaftsbund der Meinung, für die obigen Anliegen können man keine Mehrheit finden. Es dann allerdings nicht sehr demokratisch, sie mit Hilfe eines EU-Beitritts am Mehrheitswillen vorbeischmuggeln zu wollen.

(4) In der gewerkschaftlichen Analyse fehlt die massive materielle Umverteilung (von unten nach oben), die ein EU-Beitritt beinhaltet, fast völlig. Zwar wird die Erhöhung der Mehrwertsteuer erwähnt. Man glaubt sie jedoch mit der Forderung nach einem Ersatz der unsozialen Kopfprämien im Krankenkassenwesen als Problem erledigt zu haben. Die massiven Mietzinserhöhungen, die einer Anpassung ans EU-Zins-

Die Dokumente des SGB könne auf dem Internet eingesehen werden (www.sgb.ch).



niveau zuzuschreiben wären, redet man mit der Forderung nach Übergangsklauseln weg. Auch der Verlust einer eigenen Währungspolitik im Falle eines Beitritts, der die optimale Anpassung an die konjunkturellen Schwankungen in der Schweiz ermöglicht, wird kaum erwähnt. Ein Abwägen der kleinen, in der Schweiz selber auf demokratischem Weg erreichbaren Vorteile und der massiven sozialen und demokratischen Auswirkungen erfolgt nicht.

Demokratiefrage

Die Gewerkschaften erwähnen im Gegensatz zu anderen EU-Befürwortern den Demokratieverlust durch einen EU-Beitritt und sie versteigen sich auch etwas weniger zu orwellischen Umformulierungen dieser Verluste in Gewinne: "Besonders das Demokratieargument verdient Beachtung" (SGB-Dokument, Nr. 74, S. 9). Richtig ernst zu nehmen scheint man den Einwand aber doch nicht, wird er doch nur in einem Satz angeführt, um dann zu eher fadenscheinigen Gegenargumenten überzugehen. Da wird etwa die Grundrechtscharta von Nizza erwähnt, als ob eine Charta in irgendwelcher Art Demokratieverluste wettmachen könnte – von den übrigen Problemen der Charta wie der Konkurrenz zur Menschenrechtscharta des Europarates und verschiedenen inhaltlichen Mängeln ganz abgesehen.

Angeführt werden auch einige Abstimmungen in EU-Ländern zu EU-Vertragsveränderungen – als ob ein obligatorisches Verfassungsreferendum in einigen Staaten schon der Höhepunkt des gewerkschaftlichen Demokratieverständnisses wäre. Die Gewerkschaften führen auch das Ausländerstimmrecht auf Gemeindeebene an. Dazu ist zu bemerken, dass dieses nur für EU-Bürgerinnen und Bürger gilt. Zweitens ist es kaum angebracht, in der Schweiz einer grossen Mehrheit demokratische Rechte in massivem Ausmass wegzunehmen, um einer Minderheit ein paar mickrige Rechte auf Gemeindeebene zu verleihen. Eine fortschrittliche Gewerkschaftspolitik muss darin bestehen, *allen* mehr Rechte zu verschaffen. Ausländerinnen und Ausländer – und nicht nur EU-Ausländerinnen und EU-Ausländer – müssen von ihrem Grundrecht auf politische Mitbestimmung auf *allen* politischen Ebenen profitieren können.

Zuletzt wird wieder mal das konstruktive Referendum bemüht. Dabei erfolgt damit in Bezug auf EU-Gesetze nur insofern ein bescheidenes Korrektiv, als im Rahmen der Richtlinie Varianten möglich sind. Die Richtlinie als solche – und damit das, worum es eigentlich geht – kann nicht in Frage gestellt werden. Die meisten Gesetze werden in der EU in der Form von Verordnungen erlassen, die direkt anwendbar sind und keinen Umsetzungsspielraum gewähren. Aber auch viele Richtlinien sind so detailliert ausgestaltet, dass sie keinen Gestaltungsspielraum belassen und in vielen Teilen sogar unmittelbar anwendbar sind. Das "konstruktive Referendum" ist als zusätzliches demokratisches Instrument wünschenswert – sofern nicht wie bei der letzten SP-Vorlage Parlamentarier die Finger im Referendum haben müssen – als Mittel für die Begrenzung des Demokratieverlustes im Falle eines EU-Beitritts ist es jedoch überhaupt nicht geeignet.

Seltene Identifikation mit der "Schweiz"

In der gewerkschaftlichen Argumentation erstaunt auch etwas die seltene Identifikation mit der Schweiz als solcher. Da wird etwa angeführt, dass sie Schweiz "als offizielle Beitrittskandidatin den Erweiterungsprozess mitgestalten und ein gewisses Verhandlungsgewicht in die Waagschale werden könnte" (SGB-Dokument, Nr. 74, S. 15). Kein Zweifel daran, ob ein solcher Einfluss wirklich positiv wäre! Da wird der autonome Nachvollzug bedauert und der mangelnde Einfluss "der offiziellen Schweiz (Regierung und Parlament) in der Entwicklung Europas".

Die Gewerkschaften möchten, dass die Schweizer Sozialpartner an der Ausarbeitung von europäischen Normen und Vereinbarungen mitreden dürfen. "Ein EU-Beitritt ist somit für uns ein Gewinn an Mitbestimmung und Souveränität, welche das Abgeben gewisser Souveränitätsrechte an die EU mehr als aufwiegen". Da bestimmt der Bundesrat mit einem Stimmengewicht von 3% in Brüssel mit (und wird dabei wohl kaum vorrangig Gewerkschaftsinteressen vertreten), da reden ein paar Gewerkschafter völlig unverbindlich in letztlich einflusslosen Gremien mit, und schon wird dies – angesichts eines direktdemokratischen Kompetenzverlustes in der Schweiz von über 50% – als Gewinn verbucht. Da kann man sich nur erstaunt die Augen reiben. "Ein Beitritt würde den Arbeitnehmerorganisationen ein neues Aktionsfeld eröffnen" – als ob Aktionsfelder allein schon soziale Errungenschaften bedeuteten und als ob internationale Zusammenarbeit der Gewerkschaften nicht auch ohne Beitritt möglich wäre.

EU als globaler Heilsbringer

Etwas überfordert fühlt man sich bei der Lektüre der gewerkschaftlichen Pro-EU-Papiere, sobald die EU zum globalen Heilsbringer im Kampf gegen die negativen Auswirkungen der Globalisierung avanciert. "Die EU ist aber heute die einzige Wirtschaftsmacht, die von ihrer Grösse und von ihrem sozialpolitischen Modell her auch auf Weltebene neue Rahmenbedingungen durchsetzen und so das europäische Modell der sozialen Sicherheit und der Sozialbeziehungen für Europa erhalten und auch 'exportieren' kann" (SGB-Dokument, Nr. 74, S. 16) Dabei ist doch die EU das Globalisierungsinstrument der Euro-Multis par excellence – in Europa und weltweit via GATT/WTO (siehe: EuropeInc. Regional & Global Restructuring and the Rise of Corporate Power, London, 2000, Deutsche Version erscheint im Rot-Punkt-Verlag im Mai 2001).

Die massive Deregulierung Westeuropas, vor allem auch der öffentlichen Dienste, wäre ohne die EU nicht möglich gewesen. Die EU vertritt auf internationaler Ebene zusammen mit den USA – abgesehen von einigen propagandastisch ausgeschlachteten Teilgebieten – seit Jahren eine offensive, neoliberale Politik. ■

Auf unserer Home-Page finden Sie eine detaillierte Auseinandersetzung mit den Argumenten der Initianten.



Buchbesprechungen



Grossregionen, Wunschvorstellung oder Lösungsansatz?

Die Schweizerische Studiengesellschaft für Raumordnungs- und Regionalpolitik (ROREP) hat dieses Buch herausgegeben, das Beiträge verschiedener Autoren aus Bund, Kantonen, Universitäten und der Privatwirtschaft sammelt. Es entstand nach einer Tagung, die am 30. September 1999 in Langental stattfand. Diese wurde von der ROREP und dem Bundesamt für Raumplanung (BRP) organisiert. Die Stossrichtung der Beiträge ist unterschiedlich: von variabler Geometrie bis zur Schaffung von Grossregionen (Kantonsfusionen).

Martin Schuler und Michel Rey weisen auf den politischen Einfluss der Schaffung von Grossregionen durch das Bundesamt für Statistik. Eine eher technische Kreation löste politische Diskussionen in Presse und Politik aus, die mit dem Anlass wenig zu tun hatten. Der Bund strebte eine EU-kompatible Datenerhebung an, wobei die Kantone bei der Festlegung der Grossregionsgrenzen einbezogen wurden.

Die Befürworter von Grossregionen führen die mangelnde (Kosten)-Effizienz der Kantone an. Kritisiert wird auch das fehlende Zusammenfallen von Nutzniessern, Lasten- und Entscheidungsträgern. Bemängelt wird ausserdem das Demokratiedefizit der "variablen Geometrie". Die Kantone seien für den europäischen Standortwettbewerb zu klein. Zuletzt sind den Gebietsreformern freie Kooperationsformen zu wenig durchsetzungsfähig: nur Entscheidungen werden getroffen werden, die allen Beteiligten nützen. Damit kann eine Entscheidung nicht gegen den Willen eines Kantons durchgesetzt werden.

Mit dieser Argumentation ergeben sich einige Probleme: (1) Grössere Effizienz grösserer Einheiten wird behauptet, mangelnde Effizienz der Kantone wird – jedenfalls im Buch – nicht empirisch nachgewiesen. Deshalb kann man sich des Eindrucks kaum erwehren, dass es hier kaum um Effizienz, sondern um EU-Kompatibilität geht.

(2) Das Zusammenfallen von Nutzniessern, Lasten- und Entscheidungsträgern ist demokratiepolitisch sicher wünschenswert. Allerdings stellt sich das Problem, ob eine solche Einheit in einer zunehmend verflochtenen Welt überhaupt möglich ist. Grossregionen werden ihrerseits Problemen begegnen müssen, für die Zusammenarbeit nötig ist. Will man das Demokratieproblem wiederum durch Fusionen lösen, würde man in letzter Konsequenz den Welteinheitsstaat fordern müssen. Diese Vision ist unsinnig. Entsprechen muss nach neuen Wegen gesucht werden, um die politischen Entscheidungsprobleme (Demokratieproblem, Effizienzproblem, Transparenzproblem) von verflochtenen institutionellen Ebenen und Gebietskörperschaften zu lösen. Fusionen und die Schaffung grösserer Gebilde tragen in diesem Falle nur zu einer Verschärfung der Probleme durch zusätzliche Entfernung der Entscheidungszentren von den Bürgerinnen und Bürgern bei. Hervorzuheben ist zuletzt, dass das Demokratieproblem

von Autoren betont wird, die bezüglich der EU-Integration kaum demokratiepolitische Bedenken haben. Und dort ist der Demokratieverlust ja massiv.

Laut Martin Schuler und Michel Rey ist der politische Druck hin zu Grossregionen teilweise erst durch den Rückzug des Bundes von der Bereitstellung bundesweiter Netze (z.B. Bahn) zu erklären. Die Liberalisierung schafft Koordinationsprobleme, die somit nicht der wachsenden Vernetzung von Problemen, sondern der Problemschaffung durch den Neoliberalismus zuzuschreiben sind. Sobald die Bedienung von Randregionen nicht mehr durch den Bund garantiert ist, muss diese sonst organisiert werden (S. 24). Die Autoren weisen auf ein beträchtliches Gefälle zwischen den Grossregionen hin. Teilweise wird dieses durch die Sozialpolitik ausgeglichen, teilweise jedoch verschärft. So profitierte die Westschweiz in den vergangenen Jahren von der Arbeitslosenversicherung, andererseits bezahlt sie pro Kopf wegen der unsozialen Krankenversicherungspolitik mehr (Kopfprämien).

Deutlich neoliberale Züge trägt der Artikel von Paul Messerli, dem es vor allem um die Wettbewerbsfähigkeit von Standorten geht. Grossregionen sind laut Messerli nötig, da Kantone im globalen Konkurrenzkampf nicht sichtbar sind. Die Wirtschaftspolitik der Schweiz vor der neoliberalen Welle wies eine doppelte Struktur auf: die internationale wettbewerbsfähige Exportwirtschaft konnte ihre Interessen durchsetzen, indem sie die Binnenwirtschaft als Zulieferer berücksichtigte. Zudem half sie politisch mit, schwächere Binnenwirtschaftssektoren vor der internationalen Konkurrenz zu schützen. Durch die EU-Integration, die WTO und die damit erfolgende Deregulierung fast aller Märkte brach dieses politische Bündnis auf. Die Grenze zwischen Binnen- und Exportwirtschaft wird aufgehoben und alle Wirtschaftsbereiche werden zunehmend dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt. Einzig das lokale Gewerbe unterliegt noch einem gewissen Distanzschutz.

Im neuen Umfeld verfügen laut Messerli vor allem grössere Stadtregionen mit internationalen Branchenclustern, spezialisierten Arbeitsmärkten und einer hohen Qualität und Funktionssicherheit der Infrastrukturen an Entwicklungspotential. Entscheidend ist auch die Erschliessung durch internationale Verkehrsinfrastruktur. "Die neue Sichtbarkeit von Wirtschaftsräumen erfordert ein Umdenken in der Schweiz, weil diese aufgrund ihrer Exportabhängigkeit wie kein zweites Land auf international wettbewerbsfähige Standorte angewiesen ist." (S. 77). Messerli fordert eine Reintegration von Stadt und Land, wobei er darunter eine Ausrichtung des Landes auf die Stadt und eine Unterordnung des Landes unter die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Stadt versteht. "Und schliesslich könnte auf der Basis dieser neuen Raumstrukturen ein echter föderalistischer Wettbewerb die Innovationskraft der Schweiz beleben" (S. 80).

Die Anhänger der "variablen Geometrie" betonen im Gegensatz zu den Grossregionalisten im allgemeinen, dass es eine für alle Interessen "beste" Grenzziehung nicht gibt. Zu-



dem seien Kantonsfusionen jedenfalls kurzfristig zum Scheitern verurteilt. Zuletzt hätte die variable Geometrie durchaus auch Vorteile: je nach Problem können andere Gruppen von Kantonen zusammenarbeiten. Das Demokratietheorieproblem der variablen Geometrie wird von deren Anhängern hingegen kaum diskutiert.



Die Interreg-Programme der EU werden in den Texten mehrmals erwähnt. Grundtenor: Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit weist einerseits eine "integrationspolitische" Komponente auf, andererseits soll sie es den grenznahen schweizerischen Zentren (Genf, Basel, St. Gallen, Lugano) erlauben, gleichsam Hinterland hinzuzugewinnen und dadurch im internationalen Standortwettbewerb das nötige Gewicht zu erlangen.

Die Politik des Bundes wird in einigen Beiträgen eingehender analysiert. Dieser verfolgt offiziell keine Politik der Fusion von Kantonen zu Grossregionen. Nach schweizerischem Staatsverständnis ist dies Sache der Kantone und nicht des Bundes. Der Bund fördert jedoch die Kooperation zwischen den Kantonen. "Die künftige Regionalpolitik will die Wettbewerbsfähigkeit und eine nachhaltige Entwicklung in den Teilgebieten unseres Landes fördern und zur Erhaltung der dezentralen Wohnortsqualität beitragen. Dies erfordert eine aktive, vorausschauende Politik, welche die wirtschaftlichen Anstrengungen und den Ausbau der Infrastruktur in den Regionen unterstützt. Dazu gehört auch eine gesamtäumliche Betrachtung, welche Interdependenzen zwischen Ballungs- und Entleerungsgebieten berücksichtigt. Neben den kleinräumigen Regionen richtet sich die künftige Regionalpolitik auch auf kantonsübergreifende Grossregionen aus. Diese Einheiten eignen sich als Ansatzpunkt für raumordnungspolitische Koordination, zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und zur angemessenen Dezentralisierung von Bundesaufgaben" (Botschaft des Bundesrates zur "Neuorientierung der Regionalpolitik", BBl 1996 II 1105f).

Alain Thierstein, Martin Schuler, Daniel Wachter (Hrsg.), Grossregionen, Wunschvorstellung oder Lösungsansatz?, Bern, Haupt, 2000



Handbuch zum Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof

Das in Österreich erschienene Buch behandelt von juristischer Warte aus die technischen Details der Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof und dem Gerichtshof erster Instanz. Da die Gerichtsbarkeit der EU-

Mitgliedländer von der Gerichtsbarkeit des EU-Gerichtshofes überlagert wird, wobei die Rechtsprechung der EU-Ebene in den Ländern unmittelbar rechtswirksam werden kann, ist es für die juristischen Berufe in Europa und den EU-Mitgliedstaaten unerlässlich, die Klagemöglichkeiten und die Verfahrensregeln vor den EU-Gerichten zu kennen. Zuerst wird die

Bedeutung und Funktion des EU-Gerichtshofes im System der Gemeinschaftsrechtsordnung dargelegt. Daraufhin werden die möglichen Verfahrensarten vor dem EU-Gerichtshof vorgestellt. Der Ablauf der Verfahren wird detailliert beschrieben. Im Anhang werden die einschlägigen Rechtsvorschriften der EU in konsolidierter Fassung vorgelegt.

Das Buch will einen von herkömmlichen Werken etwas abweichenden Ansatz verfolgen: mit Schaubildern, Übersichten und Beispielsfällen soll die Materie rasch zugänglich und leicht verständlich gemacht werden. Praktische Ratschläge werden gegeben, wo dies möglich ist. Des Weiteren werden Hinweise zur Informationsbeschaffung bezüglich der Rechtsprechung der beiden EU-Gerichte (erster Instanz und EU-Gerichtshof) geliefert.

Hakenberg, Stix-Hackl, Handbuch zum Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof, 2. Auflage, Wien, Verlag Österreich, 2000.



WTO - System und Funktionsweise der Welthandelsordnung

Richard Senti vom Institut für Wirtschaftsforschung der ETH Zürich und Mitglied des GATT-Schiedsgerichts legt ein 700-Seiten dickes Buch zur Struktur und Funktionsweise der heute geltenden Welthandelsordnung

aus ökonomischer und völkerrechtlicher Sicht dar. Der Autor will zeigen, wie das WTO-Vertragswerk entstanden ist, was es enthält, wann es zur Anwendung gelangt und welche Probleme aus seiner Sicht zurzeit anstehen. Dem Vorhaben einer Gesamtdarstellung der Welthandelsordnung sind laut Senti jedoch Grenzen gesetzt: die WTO umfasse so viele Sachbereiche, dass Ausführungen notgedrungen nur Gesamtzusammenhänge und Grundstrukturen aufzeigen können.

In einem ersten Teil stellt Senti die Geschichte der WTO vor (vom GATT zur WTO). Anschliessend werden die Institutionen der WTO behandelt. Es folgen die gemeinsamen Vertragsinhalte der WTO, das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen GATT. Die GATT-Zusatzabkommen. Das Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS). Das Abkommen über handelsbezogene Aspekte des geistigen Eigentums (TRIPS). Die plurilateralen Abkommen. Zuletzt nimmt er einen Ausblick auf Probleme und mögliche Reformen vor.

Der GATT-WTO-Prozess wird laut Senti von verschiedenen Kräften in Gang gehalten: erstens verlangen mehrere WTO-Abkommen eine kontinuierliche Fortführung der Verhandlung, so das Agrarabkommen, das Allgemeine Dienstleistungsabkommen, das Abkommen über die Investitionsmassnahmen und das Abkommen über das öffentliche Beschaffungswesen. Zweitens sieht der Art. V der WTO-Verordnung Verhandlungen mit zwischenstaatlichen Organisationen und Nicht-Regierungs-Organisationen über Angelegenheiten vor, die mit denen der WTO im Zusammenhang stehen. Ein dritter Grund für weiterführende Verhandlungen



besteht in der kritischen Situation der Entwicklungsländer. Auf die 48 ärmsten Länder der WTO entfällt nur knapp ein halbes Prozent des Welthandels. Dies vor allem auch, weil die für sie interessanten Agrar- und Textilmärkte von den Industriestaaten geschützt werden. Zuletzt ändern sich die Handelsstrukturen und die politischen Wertvorstellungen. Senti erwartet auch vermehrte Diskussionen über Fragen des Umweltschutzes und des Vorsorgeprinzips.

Senti diagnostiziert der WTO einiges an Reformbedarf. Dabei denkt er jedoch nicht an Transparenz und gleichberechtigten Einfluss aller Länder – besonders der Entwicklungsländer. Er kritisiert die Ausweitung des WTO-Geltungsbereichs auf Bereiche, die in Konkurrenz zu bereits bestehenden internationalen Organisationen stehen. Er stellt entsprechend die Frage, ob nicht einzelne Themen aus der WTO "ausgelagert" werden müssten, um zu reinen Handels-Verhandlungen zurückkehren zu können. Arbeitsrechtliche Fragen (Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit, Mindestlöhne, soziale Sicherheit) möchte er der bereits bestehenden Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) überlassen.

Den Schutz der handelsbezogenen geistigen Eigentumsrechte möchte er ebenfalls der auf diesem Gebiet tätigen Internationalen Organisation für geistiges Eigentum (WIP) übergeben. Bei den Umweltschutzfragen wäre laut Senti denkbar, eine Organisation zu schaffen, in welche die vielen heute geltenden internationalen Umweltschutzverträge integriert würden. Die Frage, ob die zunehmende Liberalisierung Vereinbarungen in anderen Bereichen nicht unterlaufen würden, stellt sich Senti nicht.

Richard Senti, WTO, System und Funktionsweise der Welthandelsordnung, Zürich, Schulthess, 2000.

litischen Leben. In einem zweiten Teil werden die Wahlen analysiert (Wahlkreise, Wahlsystem, Wahltermine der Regierungswahlen, Unterschriften für Wahlvorschläge; erster und zweiter Wahlgang, Wahlverfahren der Wahlgänge, Berechnung des absoluten Mehrs, Stille Wahlen, Regierungsvorsitz, Amtszeitbeschränkungen, Mindestalter und Altersgrenzen, Unvereinbarkeit mit anderen Ämtern). In einem dritten Teil werden die kantonalen Parlaments- und die Nationalratswahlen behandelt (Name und Mitgliederzahl der Parlamente, Art der Wahlreise, Berechnungsart der Mandatzuteilung auf die Wahlreise, Legislaturdauer, Termine, Anzahl Unterschriften für Wahlvorschläge, Numerierung der Listen, Listenverbindungen, Kumulieren, Streichen, Panaschieren, Ermittlung der Sitzverteilung, Amtszeitbeschränkungen, Unvereinbarkeit). Dieselbe Analyse wird auch für die Ständeratswahlen vorgenommen.

Im Schlussteil werden die Abstimmungsmodalitäten vorgestellt (Volksinitiative und Referendum). Bezüglich der Volksinitiative: Vorprüfung, Rückzugsklausel, Ungültigkeitserklärung, erforderliche Unterschriften, Sammelfristen, Behandlungsfristen, Fristen für die gesetzliche Umsetzung einer vom Volk angenommenen Volksinitiative in der Form der allgemeinen Anregung, Volksinitiativen für die Ab- oder Einberufung politischer Behörden, Volksinitiativen für die Lancierung einer Standesinitiative, Gegenvorschläge. Bezüglich des Referendums: Obligatorische und fakultative Referenden, erforderliche Unterschriften, Fristen, Behandlungsfristen, Finanzreferenden. Ein nützliches und informatives Buch.

Georg Lutz, Dirk Strohmann, Wahl- und Abstimmungsrecht in den Kantonen, Droits politiques dans les cantons, Bern, Haupt, 1998.

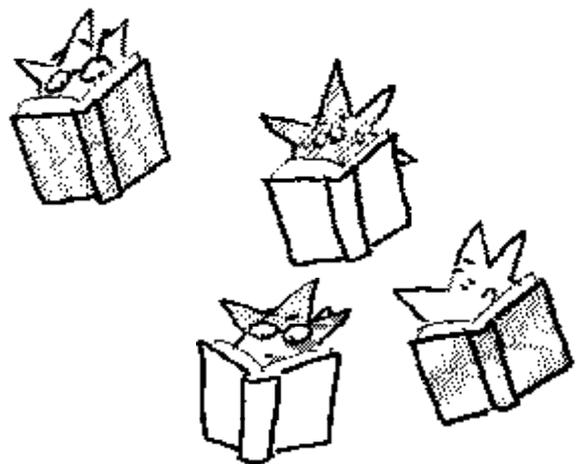


Wahl- und Abstimmungsrecht in den Kantonen

Die Autoren starten mit der Feststellung, dass in keinem Staat die demokratischen Volksrechte derart stark ausgebaut sind wie in der Schweiz. Nicht nur die Parlamente

werden vom Volk gewählt, sondern in den Kantonen auch die Regierungen. Dazu kommen die vielen Möglichkeiten, über Sachentscheidungen der Parlamente abzustimmen und Volksinitiativen zu lancieren. Da die föderalistische Struktur den 26 Gliedstaaten eigene Wahl- und Abstimmungsregelungen erlauben, führt dies zu einer grossen Vielfalt in der konkreten Ausgestaltung des kantonalen Wahlrechts und der Volksrechte. Das Buch möchte helfen, sich in dieser Unübersichtlichkeit zurecht zu finden und eventuell benötigte Detailinformationen aufzufinden.

Ein erster Teil ist den Stimmberechtigten gewidmet: aktuelle Zahl der Stimmberechtigten. Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Frauen, sowie des Stimm- und Wahlrechts ab 18 Jahren. Beteiligung der ausländischen Bevölkerung am po-





Pour des raisons sociales et démocratiques, une adhésion à l'UE n'est pas acceptable

Pourquoi non à l'adhésion de la Suisse à l'Union Européenne

Affaiblissement la démocratie en Suisse

Une adhésion à l'UE porterait grandement préjudice à la démocratie directe et parlementaire en Suisse. Selon une étude¹⁾ effectuée à la demande du Conseil Fédéral, plus de la moitié des compétences législatives serait transférée à l'UE. On nous dit qu'il est important de pouvoir participer aux décisions de Bruxelles, et que ceci contrebalancera la perte de compétences législatives. N'oublions cependant pas que seuls les conseillers fédéraux et les principaux fonctionnaires seraient concernés et non la population. Le conseil fédéral gagnerait en effet en compétences, mais plutôt relativement, puisque les représentants de la Suisse participeraient à titre de moins de 3% aux votes à Bruxelles. La population suisse, elle, verrait sa souveraineté restreinte de façon massive.

Une démocratisation éventuelle de l'UE ne pourrait jamais compenser les pertes de droits démocratiques pour les raisons suivantes:

(1) Dans le meilleur des cas, l'Union Européenne sera une démocratie parlementaire. La démocratie directe telle que nous la connaissons n'est pas à l'ordre du jour au niveau de l'UE. Et il n'est pas sûr non plus que l'UE se muera un jour en démocratie parlementaire véritable: il est plus intéressant pour les gouvernements nationaux de pouvoir prendre à Bruxelles des décisions qui pourraient être susceptibles d'être rejetées par leurs parlements respectifs. Les sociétés multinationales sont, elles aussi, tout à fait intéressées à ce que le statu quo persiste: les institutions actuelles de l'UE leur donnent toute possibilité de faire du lobbying. Dans ces circonstances, on voit mal comment le parlement européen pourrait gagner en influence, et on ne voit pas de forces vives à l'oeuvre en faveur d'une démocratisation réelle de l'UE.

(2) La création d'un «super-état» éloignera inévitablement de la population les centres de décision. Il est vrai que les moyens modernes de communication permettent souvent de réduire les distances entre individus et administrations à la fois dans l'espace et dans le temps. Cependant il existe aussi une distance «sociale», qui ne se laisse pas réduire par des moyens techniques. Il y a par exemple un conseiller national à Berne pour 20'000 votants en Suisse. Par contre, si la Suisse obtenait 16 parlementaires au Parlement de l'UE (ce qui paraît probable), il n'y aurait qu'un représentant par 300'000 votants au niveau de l'UE. La distance « sociale» entre les votants et leurs représentants augmenterait donc d'un facteur de 15.

Effets sociaux néfastes

Une adhésion à l'UE aurait comme conséquence un transfert annuel de plusieurs milliards de francs de revenus des couches sociales modestes vers les couches aisées. La taxe sur la valeur ajoutée (TVA) serait doublée et atteindrait 15%. On sait que cette taxe non-progressive pèse surtout sur les ménages à revenu modeste, qui sont obligés de dépenser une grande part de leurs revenus pour leurs besoins de consommation.

L'augmentation massive de la TVA inciterait les cantons à réduire l'impôt sur le revenu progressif (tel est en tout cas le projet des partis de droite), favorisant ainsi encore plus les couches aisées. Certains impôts sur le capital seraient supprimés (taxation de transactions boursières: 300 millions de francs par an; taxation des capitaux affluant dans le pays : 340 millions de francs; impôt à la source: 250 millions de francs). La contribution fédérale au fonctionnement de l'UE (3.125 milliards de francs par an environ selon les sources officielles) par contre serait payée par les impôts fédéraux, alors qu'en même temps les gens qui bénéficient de gains en capitaux seraient moins imposés.

On prévoit par ailleurs une augmentation des taux bancaires de 1.5 à 2% environ. Cette augmentation entraînerait une augmentation des loyers, qui frapperait surtout les ménages les plus modestes. La réduction du pouvoir d'achat des consommateurs – il s'agit de milliards de francs suisses par an – aurait des conséquences néfastes pour l'économie intérieure toute entière (baisse de la demande, pression sur les salaires, chômage). Tout ceci a été écrit noir sur blanc dans le rapport sur l'intégration du conseil fédéral datant de 1999!

Malgré cela, les partisans d'une adhésion mettent en avant les avantages sociaux de l'assurance maternité qui deviendrait effective avec l'adhésion ; cet argument souvent utilisé n'est cependant pas convaincant, puisque les transferts de richesse vers les couches aisées entraînés par une adhésion n'ont aucune commune mesure avec les bienfaits de cette assurance. De toute façon, cette assurance peut être réalisée si une majorité de votants se prononce en sa faveur. La même chose est vraie en ce qui concerne les conseils d'entreprise européens qui disposent de certains droits de consultation vis-à-vis des directions d'entreprise qui n'existent pas encore en Suisse.

¹⁾ Conséquences institutionnelles d'une adhésion à l'Union européenne, Quatre études juridiques dans le cadre du Rapport sur l'intégration 1999, Zurich, Schulthess, 1999

Perte d'une politique économique indépendante

L'adhésion à l'UE entraînerait la disparition du franc suisse et avec lui de la politique monétaire et conjoncturelle indépendante de la Suisse. Celle-ci serait définie à Francfort en fonction des intérêts des grands pays de l'UE.

Grandes structures – danger accru de corruption

La Commission Européenne a été contrainte de démissionner en bloc en 1999 suite à une affaire de corruption révélée par un employé courageux qui a informé le parlement européen des malversations. Même si la Commission a effectivement dû être remplacée, la mauvaise gestion, la corruption et le favoritisme persistent tout de même, et font perdre aux contribuables de l'UE des sommes gigantesques. L'employé en question n'a pu garder son poste qu'en promettant de ne plus mentionner en public cette affaire. De façon générale, la corruption a tendance à se développer sans frein dès lors que le contrôle et la possibilité de sanctions par les moyens de la démocratie directe manquent.

Comportements de profiteurs

Des études comparatives effectuées en Suisse ont montré que plus les citoyens sont responsabilisés en exerçant les droits de la démocratie directe, plus ils sont honnêtes lorsqu'ils remplissent leur feuille d'impôts. Ce comportement s'explique par le fait qu'on est plus enclin à contribuer financièrement lorsqu'on a son mot à dire quant à l'utilisation de cette contribution. C'est pour cette raison que la démocratie directe est reconnue comme étant très efficace sur le plan de la gestion des finances. A l'inverse, le déficit démocratique de l'UE a tendance à provoquer des attitudes irresponsables. Chacun essaie de payer le moins possible et de profiter le plus possible. La politique agricole de l'UE avec ses conséquences catastrophiques est un bel exemple de ce type de gaspillage provoqué par des structures trop grandes et lourdes.

Que représente l'UE en réalité?

La construction de l'UE est animée par diverses ambitions plus ou moins clairement affichées, mais elle s'accompagne aussi d'un discours idéologique qui se veut rassurant et idéaliste.

(1) Un des buts principaux de l'UE est la création d'une grande puissance, qui entend avant tout protéger ses marchés d'exportation et son approvisionnement en matières premières. Cette ambition, évidente depuis longtemps pour l'observateur averti, a été de plus en plus ouvertement affichée depuis les années 90 par l'Union elle-même: Selon le Parlement Européen, l'un des buts de la politique européenne commune «de défense» consiste «à sauvegarder les intérêts de l'Union sous tous ses aspects, y compris des aspects essentiels de son approvisionnement, lorsque les moyens politiques ne suffiraient plus à l'assurer» (A4-0171/98 (14 mai 1998), alinéa 3). Si la Suisse soutient ce projet de grande puissance et y participe, elle va nuire, qu'elle le veuille ou non, à la paix dans le monde, et aux pays en voie de développement. L'aspect

idéologique du discours officiel de l'UE est le suivant: afin de cacher les ambitions de grande puissance, on vante l'UE comme un 'projet de paix'.

(2) Un autre but de l'UE, inavoué celui-ci, consiste à soustraire les décisions les plus importantes au contrôle démocratique des populations concernées. Les gouvernements peuvent ainsi, à huis clos, mais influencés par les lobbies des multinationales, et en dépit du principe de séparation des pouvoirs, concocter des directives qui n'auraient que peu de chances de passer dans les instances parlementaires élues par suffrage universel dans les Etats membres. La libéralisation des services publics en Europe est un produit de cette politique antidémocratique. Ceci sous voile idéologique: afin de cacher la tendance favorable aux multinationales, on promet que l'UE servira un jour à soumettre les multinationales et l'économie dérégulée à un contrôle démocratique.

(3) Sur le plan économique l'UE constitue avant tout un projet de dérégulation. On subventionne les moyens de transport et on réduit les obstacles à la libre circulation des marchandises. La concurrence est ainsi exacerbée et la restructuration de l'industrie de l'Europe de l'Ouest est accélérée (qu'on pense aux fusions d'entreprises!). En Europe, la concurrence renforcée permet de faire pression sur les salaires et sur les travailleurs en général. On espère en même temps rendre l'industrie de l'Europe de l'Ouest plus compétitive sur le plan mondial. Cette politique renforcera la domination des pays industriels riches sur les pays pauvres en voie «de développement», avec toutes les conséquences catastrophiques pour le niveau de vie et la cohésion sociale dans ces pays. La composante idéologique: on camoufle le caractère antisocial de l'UE en prétendant qu'elle est l'outil nécessaire pour résoudre les problèmes qu'elle contribue elle-même à créer.

(4) L'UE participe à la destruction de l'environnement. Le projet de développement de l'UE vise à faire les concessions minimales à la protection de l'environnement qui sont nécessaires pour assurer une croissance quantitative dans l'avenir. Il s'agit de neutraliser les organisations pour la protection de l'environnement. On affiche pour cela un certain activisme en matière de protection de l'environnement, et on fait travailler de nombreux bureaux privés d'études environnementales. Le but de la politique en Suisse n'est pas différent, et il n'est bien sûr pas acceptable non plus. Mais l'UE va beaucoup plus loin: il s'agit pour elle d'assurer ce développement à long terme en le protégeant par sa politique de grande puissance – en collaboration de fait avec les Etats-Unis (OTAN), et en mettant les pays pauvres à contribution (commerce avec les «droits de pollution»). L'aspect idéologique: l'UE se travestit en «solution aux problèmes d'environnement qui sont transfrontaliers par leur nature et ne peuvent pas être résolus sur le plan national ou local».

(5) L'UE tend à uniformiser l'Europe de l'Ouest. C'est dommage pour la culture qui vit de la diversité. En même temps l'uniformisation est nuisible sur un plan plus pratique, puisque le vrai progrès n'est possible que si les divers pays expérimentent des solutions diverses, par exemple dans le domaine



Kurzinfos Wirtschaft und Soziales

Bericht des EU-Rechnungshofes

Zum sechsten Mal in Folge hat sich der EU-Rechnungshof in seinem Jahresbericht geweigert, der EU-Kommission für die Umsetzung des EU-Haushaltes ein Zuverlässigkeitstestat zu erteilen. Diesmal für das Jahr 1999. Die Fehlerquote bei den EU-Ausgaben seien immer noch deutlich über 5%. Vor allem in der Strukturpolitik haben sich die Betrügereien offensichtlich stark gehäuft. Die Zahl der von den Mitgliedstaaten gemeldeten Unregelmässigkeiten sei 1999 um 70% gestiegen, wobei sich der festgestellte Schaden mit 120 Millionen Euro fast verdreifacht hat. Obwohl vom Haushalt 1999 nur drei Monate in die Verantwortung der neuen Prodi-Kommission fielen, sind die Rechnungsprüfer enttäuscht darüber, dass die EU-Kommission bisher nur geringe Fortschritte bei der Umgestaltung des Finanzmanagements erzielte. EU-magazin, 12/00, S. 6

Verurteilte EU-Kommission

Das EU-Gericht erster Instanz hat im Urteil vom 24. 10. 00 (T-178/98) dem Kläger, einem norwegischen Exporteur von Zuchtlachs, Schadenersatz von 431 000 nKr. zugesprochen, weil die beklagte EU-Kommission in der Zeit von Dezember 1997 bis Ende März 1998 bei der Festsetzung von Anti-Dumping-Zöllen für importierten Lachs mehrere Fehler begangen hatte. Im "schottisch-norwegischen Lachskrieg" von 1996 bis 1998 hatten schottische Lachszüchter ein Verfahren bei der EU-Kommission beantragt, um norwegischen Lachs mit "Anti-Dumping"-Zöllen zu belegen. NZZ. 18.12.00

Milliardenhilfe der EU für Brandenburg und Ostberlin

Das deutsche Bundesland Brandenburg sowie Ostberlin erhalten Milliardenbeihilfen der EU. Die EU-Kommission billigte am Donnerstag in Brüssel das Programm Brandenburgs für Umschulungs- und Weiterbildungsmassnahmen sowie die Schaffung neuer Arbeitsplätze, das bis 2006 Hilfen von knapp sieben Milliarden Euro vorsieht. Für Ostberlin wurden 687 Millionen Euro bereitgestellt. Für Brandenburg 3.09 Milliarden. Die Gelder sollen unter anderem in die Infrastruktur des Bundeslandes investiert werden, sowie Umschulungen und Fortbildungen finanzieren. NZZ. 12. 1. 01

Vermehrte Fusionen

Europäische Unternehmen kaufen sich gemäss einer Studie vermehrt in Unternehmen in den USA ein, um dort stärker vertreten zu sein. Im Jahr 2000 ist die Zahl der Übernahmen in den USA oder Fusionen europäischer Unternehmen mit US-Firmen um 20% auf 453 angestiegen. Während vornehmlich westeuropäische Gesellschaften 224 Mrd. \$ für Zukäufe in Nordamerika aufbrachten, haben nordamerikanische Unternehmen bloss für 88 Mrd. \$ europäische Firmen übernommen. NZZ. 16.1.01, S. 21

EU-Datenbank über Asylbewerber

Fingerabdrücke von Asylbewerbern und "illegal" eingereisten Ausländern sollen künftig EU-weit verglichen werden. Eine entsprechende Verordnung ist Ende Dezember 00 in Kraft getreten. Das System soll in zwei Jahren einsatzbereit sein. Die Fingerabdrücke werden in einer zentralen Datenbank in Luxemburg gespeichert. Mit dem EU-weiten Vergleich will man verhindern, dass Asylbewerber, die bereits in einem anderen EU-Staat einen Antrag gestellt haben, einen zweiten Antrag stellen. Obwohl die offizielle Schweiz diesbezüglich kräftig scharrt, ist sie vorderhand nicht ans System angeschlossen. NZZ. 28.12.00, S. 1

Kein Euro-Opting-Out mehr

Der Chef der EU-Zentralbank Wim Duisenberg sagte Mitte Januar 01 vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarats im Rahmen einer Debatte zum Thema "Der Euro und das grössere Europa", er gehe davon aus, dass alle Länder, die Mitglied der EU werden wollten, längerfristig auch die Voraussetzungen für den Euro-Club erreichten. Ein "Opting-out", wie es von Grossbritannien und Dänemark vertragsgemäss und von Schweden vertragswidrig praktiziert wird, werde es für keines der Beitrittsländer geben. Um den Euro-Bewohnern den Euro schmackhaft zu machen, werden die EU-Zentralbank EZB, die zwölf nationalen Zentralbanken, die Regierung der Euro-Club-Länder, die EU-Kommission und der Bankensektor in diesem Frühjahr eine 80 Millionen Euro schwere Propagandakampagne starten. NZZ. 25.1.01, S. 19.

➤ de l'environnement. L'autonomie du citoyen nécessite sa confrontation avec des idées et propositions diverses, et non pas sa soumission à une pensée unique et des solutions imposées par une bureaucratie centralisée.

L'UE comporte donc une forte composante idéologique. Cette idéologie est aujourd'hui affichée avant tout par les sociaux-démocrates de l'Europe de l'Ouest, et par une grande partie des Verts. Une citation extraite du Monde Diplomatique met en lumière ce phénomène au fond bizarre: «L'intégration de l'élite social-démocrate dans l'administration des Etats et

les centres de décision de l'industrie et de la finance s'affirme dans la mesure où ses liens avec le monde du travail se distendent. En face des hésitations de la bourgeoisie traditionnelle, qui vacille entre ses bases nationales et ses intérêts européens, la social-démocratie a résolument opté pour porter le flambeau de Maastricht et Amsterdam. Ainsi elle se comporte aujourd'hui comme le garant du nouvel impérialisme européen». (Daniel Bensaïd, Le Monde diplomatique, décembre 1998). ■



Die Basis der britischen Gewerkschaften ist klar gegen einen Euro-Beitritt Grossbritanniens.

Britische Gewerkschaften gegen den Euro

Das wichtigste Thema in der britischen Politik ist im Augenblick der Euro. Dies ist jedenfalls so, wenn man Vertreter der "Gewerkschaften gegen die Einheitswährung" (TASC) fragt, für die ich arbeite. Uns wurde ein Referendum über dieses Thema versprochen. Niemand weiss jedoch, wann es stattfinden wird und jede Vermutung über ein mögliches Datum wäre reine Spekulation.

von Helle Hagenau*

Bisher wurde die Opposition gegen die Einheitswährung vor allem als Thema der politischen Rechten betrachtet. Wenn man jedoch die britische Bevölkerung fragt, sind 71% gegen und nur 18% für den Euro. Wenn man davon ausgeht, dass die Bevölkerung politisch ausgeglichen ist, müssen viele Leute zur Linken ebenfalls gegen die Einheitswährung sein. TASC liess vor einem Jahr eine Meinungsumfrage machen, die zeigte, dass 67% der Gewerkschafter gegen den Euro sind. Es ist kaum anzunehmen, dass sich diese Zahl seither markant verändert hat – angesichts einer 71%-Opposition aller Briten.

TASC wurde gegründet, um der Mehrheitsmeinung der Gewerkschaftsbasis zum Ausdruck zu verhelfen. Die Geschichte der Gewerkschaften ist eng mit der Entwicklung der Demokratie in Grossbritannien verknüpft. Eine Einheitswährung würde grundlegend die Macht vom britischen Parlament und von unseren Gewerkschaften weg nach Brüssel und Frankfurt verschieben.

Wieso wir gegen die Einheitswährung sind

Wir glauben, dass der Euro ein Desaster für die Arbeitsplätze, die Industrie und die öffentlichen Dienstleistungen wäre. Die Arbeitslosigkeit beläuft sich in Grossbritannien im Augenblick auf 3.6% und es handelt sich um die tiefste Arbeitslosenrate, die wir seit beinahe 25 Jahren gesehen haben. In der Euro-Zone beläuft sich die Arbeitslosigkeit auf 9.1% – und ist damit 2.5 mal so hoch wie in Grossbritannien. Gemäss letzten Zahlen der EU-Kommission, hat Dänemark die höchste Beschäftigungsrate mit 76,5%. Darauf folgen die nächsten drei Länder Schweden, Holland und GB mit Raten über 70%. Ich denke, es ist bemerkenswert, dass in den vier Top-Ländern nur ein Land aus der Euro-Zone auftaucht. Auch die regionale Arbeitslosigkeit ist in der Euro-Zone bei weitem höher als in GB. Im Euroland beträgt die höchste regionale Arbeitslosenrate 30%, während sie in GB bei 9.6% liegt. Die Zahlen der Euro-Zone-Länder sind nicht rühmend – eher im Gegenteil – und es ist gewiss, dass es sich nicht um das Wirtschafts- und Sozialmodell handeln kann, das GB verfolgen sollte.

Die Europäische Zentralbank (EZB) in Frankfurt besteht aus Bankern, die wir weder wählen noch für etwas verantwortlich machen können. Die Regierungen haben diesen nicht-gewählten und politisch niemandem verantwortlichen Män-

nern und Frauen einfach die Macht übergeben. Die EZB wird die Zinssätze im Interesse der EU fixieren, und nicht im Interesse GB's. Während den letzten sechs Monaten konnte man am Beispiel Irlands genau verfolgen, wie verheerend eine Zinspolitik ist, die für die ganze Euro-Zone passt, nicht jedoch den einzelnen Ländern. Die irische Inflationsrate beträgt nun 6% und war seit 14 Jahren nie mehr so hoch, während sie in der EU im Durchschnitt 2.5% beträgt.

Die Präsidenten der irischen Gewerkschaften sind ob dieser hohen Inflationsraten in Sorge. Vor einigen Monaten verhandelten sie mit der Regierung und den Arbeitgebern über ein 5%-Wachstum der Löhne. Eine erwartete Inflationsrate von 6% oder gar mehr in diesem Jahr wird den Reallohnzuwachs völlig zunichte machen.

Die Erfahrung Irlands seit dem Anschluss an die Euro-Zone zeigt, in welchem Ausmass eine einheitliche Zinspolitik für die verschiedenen Länder unpassend ist. Die EZB legt nun die Zinsraten für Irland fest. Obwohl Irland höhere Zin-



sen brauchte, sind die Zinssätze in zwei Jahren um 50% gesunken. So kann Irland die konjunkturelle Überhitzung nicht bremsen und die Inflation schießt hoch.

Die Konvergenzkriterien des Maastrichter Vertrages gaben der Preisstabilität den Vorrang vor Wohlstand, höherem Lebensstandard, Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung. Die Konvergenzkriterien müssen auch beachtet werden, wenn man Teil der Währungsunion ist. In der Währungsunion heissen sie nunmehr Stabilitätspakt und Länder, die sie nicht beachten, sollen bestraft werden. Der EU-Ministerrat wird Sanktionen beschliessen dürfen, wenn ein Land die notwendigen Schritte unterlässt, um seine Wirtschaft wieder "in Ordnung" zu bringen.

* National Officer, TASC, 301 The Argent Centre, 60 Frederick Street, Birmingham B1 3HS, UK. <http://www.tuasc.org.uk>;



Auf dem Kontinent konnten wir die massiven Demonstrationen in Frankreich, Belgien und sonstwo beobachten, die während der Jahre der Durchsetzung der Konvergenzkriterien erfolgten. Die Regierungen kürzten in diesen Jahren die öffentlichen Ausgaben, liessen ein Anwachsen der Arbeitslosigkeit und ein Sinken der Löhne zu. Zur selben Zeit wurden die öffentlichen Dienstleistungen abgebaut. Diese Situation hat sich nicht verändert. Im Augenblick finden zwar keine Demonstrationen statt, die Regierungen müssen aber immer noch dieselben Regeln beachten, die unter anderem eine sehr begrenzte Investitionstätigkeit in die öffentlichen Dienstleistungen dieser Staaten bedeuten.

Alle britischen Anti-EU-Organisationen sind sehr erfreut über das Resultat des dänischen Euro-Referendums, in dem die Dänen die Einheitswährung ablehnten. Es war frischer Wind für unsere Kampagne und das Nein zeigte, dass der Euro nicht unvermeidlich ist. Zum ersten Mal war die Bevölkerung eines Mitgliedstaates zu dieser sehr wichtigen Frage befragt worden. Die britische Regierung versuchte, den Einfluss des Resultates herunterzuspielen – ohne Erfolg. Es wurde ein Referendum über den Euro nach den nächsten allgemeinen Wahlen versprochen, die im Mai 2001 stattfinden könnten. Die Regierung versucht, die Euro-Debatte bis nach den Wahlen zu verschieben. Da beinahe die gesamte britische Bevölkerung den Euro ablehnt und die Konservative Partei den Beitritt in der nächsten Legislaturperiode ausschliesst, ist der Euro nicht eine Frage, die Labour während der Wahlkampagne diskutieren will.

Die Gewerkschaften gegen die Einheitswährung (TASC) haben ein frühes Referendum befürwortet, jedenfalls vor den allgemeinen Wahlen. Es ging dabei um zwei Ziele: Erstens würden wir die Regierung in dieser Frage noch weiter ins Abseits drängen als sie es schon heute ist. Zweitens würden durch die Vermeidung einer Euro-Diskussion während den Wahlen nicht die Tories begünstigt, was zu einer Niederlage von Labour führen könnte. Obwohl TASC mit der Regierung bezüglich des Euros Meinungsverschiedenheiten hat, anerkennt TASC, dass die Regierung Rechte für die arbeitende Bevölkerung und die Anerkennung der Gewerkschaften eingeführt hat, Errungenschaften, die wir hoch bewerten und welche die vorgängigen konservativen Regierungen abgeschafft hatten.

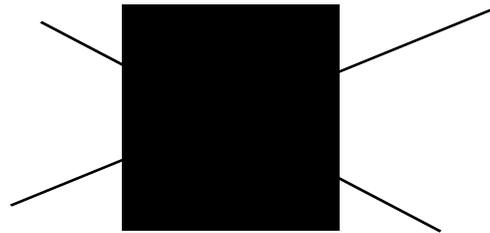
Eine weitere wichtige Frage, die in diesen Tagen hoch oben auf der politischen Agenda steht, sind die Privatisierungen. Die betroffenen Bereiche sind die Eisenbahnen, das Gesundheitssystem, die Post und das Luftkontrollzentrum.

Die britischen Bahnen wurden während den Thatcher-Jahren privatisiert und werden nun von mehreren privaten Gesellschaften geführt. Wie bei den meisten Gesellschaften geht es darum, Profit zu machen und nicht die Sicherheit der Menschen zu gewährleisten. Die Gesellschaft, die für das Eisenbahnschiennetz in Britannien verantwortlich ist, verdient ungefähr 1 Million Pfund pro Tag und zur selben Zeit gibt es Zugsentgleisungen, die einem Mangel an Unterhalt des Schiennetzes zuzuschreiben sind. Es ist eine erschütternde Situation. Zurzeit werden notfallmässige Reparaturen ausgeführt. Die dadurch verursachten Geschwindigkeitsreduktionen

führen zu langen Verspätungen auf den Haupttrouten.

Eine andere Erfindung der konservativen Regierungen war die Privatisierung der Spitäler. Während den 80er und den 90er Jahren wurde sehr wenig in den Gesundheitssektor investiert. Die Ausbildung der Krankenschwestern und der Mediziner wurde auf ein Minimum reduziert. Die Konsequenzen kann man heute feststellen. Spitäler, die bisher durch den Nationalen Gesundheitsdienst geführt wurden, werden nun an private Gesellschaften verkauft. Dies bedeutet, dass die Vertreter der reicheren Gesellschaft wann und wo sie es wünschen behandelt werden, während die ärmeren Teile auf eine Warteliste gesetzt werden und nur dann behandelt werden, wenn ein Bett frei ist.

Meiner Meinung nach sind die Wartelisten eine direkte Folge der mangelnden Investitionen in den Gesundheitssektor in den letzten Jahren. Würde es genügend qualifizierte Krankenschwestern und Mediziner geben und genügend Investitionen in den Sektor, würden wir nicht die langen Wartelisten sehen, die heute eine allgemeine Erscheinung im britischen Leben sind. Um die Angelegenheit auf die absurde Spitze zu treiben – um die Wartezeit der Patienten zu kürzen, kaufen die Behörden Spitalbetten und Chirurgieleistungen vom privaten Sektor zurück. ■



Liberalisierung des EU-Schiengüterverkehrs

Die EU hat sich auf eine Liberalisierung des Schienengüterverkehrs geeinigt. Das der Liberalisierung gegenüber besonders "aufgeschlossene" Parlament stellte sicher, dass spätestens sieben Jahr nach Inkrafttreten der Richtlinie (vermutlich 2008) die EU-Eisenbahnunternehmen im internationalen Güterfrachtverkehr vollständigen Zugang zum gesamten Schiennetz in allen Mitgliedstaaten haben. Der Ministerrat zeigte sich dabei weniger deregulierungsfreundlich als das EU-Parlament. Der kommunistische Transportminister Frankreichs Gayssot setzte sich im Einklang mit den französischen Gewerkschaften zum Schutz des Service public lange gegen jede Liberalisierung ein.

Das EU-Parlament erreichte im Einigungsverfahren, dass in allen Mitgliedstaaten nicht die nationalen Bahngesellschaften, sondern unabhängige Stellen über die Zulassung von Eisenbahnunternehmen sowie über die Zuweisung und die Abgeltung von Trassees entscheiden. Die Abgeltung der Benutzung der Schieneninfrastruktur soll sich langfristig am Vollkostenprinzip orientieren. Danach werden bei der Gebührenfestsetzung grundsätzlich die Bau- und Unterhaltskosten in Rechnung gestellt. An eine Internalisierung externer Kosten wird dabei nicht gedacht. NZZ. 24.11.00, S. 23



Die Unterstützung des EU-Beitritts gründet bei den Polen vor allem auf Emotionen und historischen Gefühlen.

Polen und die EU

Alle ernstzunehmenden politischen Kräfte in Polen sind EU-Enthusiasten. Sozialdemokraten, Solidarnosc und die Liberalen von der Freiheits Union stellen den Beitritt zur EU als "unser" gemeinsames Ziel dar, das nicht in Frage gestellt werden kann, da dies einer In-Frage-Stellung der zentralen Interessen des Staates gleichkäme. Aus dieser Situation resultiert eine starke Zensurierung gegenüber jeglicher Kritik an einem EU-Beitritt. Hinzu kommt, dass der grösste Teil der bedeutenden Presse in Polen nunmehr in Besitz ausländischen, hauptsächlich deutschen Kapitals ist und damit sehr euro-enthusiastisch eingestellt ist. Meinungsumfragen zeigen regelmässig, dass mehr als 50% der Stimmberechtigten im Falle eines Referendums Ja zum EU-Beitritt sagen würden, während nur etwas mehr als 20% Nein stimmten.

von Olaf Swolkien, Polen

Die polnische EU-Opposition

Die einzige wahrnehmbare Opposition gegen den EU-Beitritt wird in Polen durch die religiöse Rechte gebildet, die jedoch ein sehr kleines politisches Gewicht aufweist. Im Parlament hat sie einige dissidente Parlamentarier, die als Vertreter von Solidarnosc ins Parlament gewählt wurden und die dann eine eigene Gruppe bildeten. Sie konnten jedoch keine Fraktion gründen, da dazu 15 Parlamentarier nötig sind. Bei den letzten Präsidentenwahlen erklärte sich ihr Chef Jan Lopuszanski als klarer Gegner eines EU-Beitritts.

Seine Hauptargumente bestehen darin, dass die EU eine Gefahr für die polnische Souveränität und die nationale Identität darstelle. Zudem wies er auf den Druck der EU in Richtung einer Restrukturierung der polnischen Landwirtschaft hin. In normale Sprache übersetzt bedeutet diese Restrukturierung die Liquidation von mehr als einer Million Familien-Bauernbetrieben. Die entsprechenden Daten über die genaue Zahl der zu verschwindenden Betriebe sind widersprüchlich. Die Agrarpolitik ist jedoch das einzige ökonomische Argument dieser Opposition. Lopuszanski's Opposition wie die anderer EU-Gegner gründet sich vor allem auf politischen und kulturellen Argumenten. So wird etwa das heutige Westeuropa als heidnisch und laizistisch betrachtet. Es wird beklagt, dieses Europa missachte die christlichen Werte.

Als Journalisten Lopuszanski während der Kampagne befragten, wie er die offizielle Unterstützung des Vatikans und des Papstes der polnischen Anstrengungen für einen EU-Beitritt erkläre, versuchte er zu zeigen, dass dies nur eine diplomatische Geste sei. Der Papst selber kritisiere die augenblickliche Gestalt Europas. Lopuszanski's Opposition scheint nicht nur gegen die EU gerichtet zu sein. Sie ist vielmehr antiwestlich, da der Westen als heidnisch und antichristlich gesehen wird. Lopuszanski war denn auch aus ähnlichen Gründen gegen den Beitritt Polens zur NATO und machte gegenüber Russland freundliche Gesten.

Lopuszanski selber klassifiziert sich selber als "weder links noch rechts". Man kann ihn jedoch insofern als Vertreter der "religiösen Rechten" sehen, als er in seiner Rhetorik den Westen oft als Kraft hinstellt, die gegen die Religion und die Natur gerichtet ist. In diesem Zusammenhang werden häufig die freie Wahl bei der Abtreibung und die Euthanasie als The-

men aufgegriffen. Auf der anderen Seite ist Lopuszanski keineswegs gegen den Wohlfahrtsstaat. Lopuszanski's Präsidentschaftskampagne war ein totaler Fehlschlag (1% der Stimmen). Er war der einzige Kandidat, der versuchte, die Frage des EU-Beitritts als Hauptthema zu lancieren. Sein Wahlslogan war: "Europa Ja, Europäische Union Nein". Neben Lopuszanski gab es noch einige EU-kritische Kandidaten, bei denen das EU-Thema weniger zentral war: der nationalistische General Wilecki, der sich selber als harter Bursche für harte Zeiten zu verkaufen suchte und bedeutender – der Bauernboss Andrzej Lepper, der mehr als 3% der Stimmen auf sich vereinigte. Lepper's Opposition ist deutlicher wirtschaftlich begründet. Er erklärt, gegen den EU-Beitritt zu sein, weil die Bedingungen, die Polen auferlegt werden, nicht günstig genug sind. Er macht sich Sorgen darüber, dass der polnische Markt für EU-Agrargüter geöffnet wird, ohne dass die polnischen Agrargüter im selben Ausmass wie die EU-Güter subventioniert werden

Themen der polnischen EU-Diskussion

Als ein Hauptproblem des EU-Beitritts taucht in der politischen Diskussion die Frage des Landeigentums auf. Viele Leute in Polen befürchten, dass das sehr billige polnische Land von Ausländern, vor allem Deutschen, aufgekauft würde. Diese Befürchtung hängt auch mit dem legalen Eigentumsstatus von Land zusammen, das nach dem Zweiten Weltkrieg zur Bewirtschaftung übernommen wurde. Einige Bewirtschafter besitzen das Land nicht als Privateigentum, sondern in "ewiger Miete" – eine Eigentumsform, die durch die kommunistischen Herrscher erfunden wurde, um die Unabhängigkeit der Menschen vom Staat zu begrenzen.

Diese Eigentumsform existiert 10 Jahre nach der Machtübernahme durch die Solidarnosc immer noch. Als das



Parlemant 1999 ein Gesetz verabschiedete, dass die "ewige Miete" kostenfrei in Privatbesitz überführen wollte, wurde es durch das Verfassungsgericht gestoppt. Das Gericht meinte, die kostenlose Abgabe des Landes widerspreche den Prinzipien des freien Marktes, da manche Leute für den Besitzwechsel von Land zu zahlen hätten, andere jedoch im Falle der Anwendung des Gesetzes nicht. Das Urteil ist merkwürdig, aber es reflektiert die Ideologie des freien Marktes, die im polnischen Justizsystem breit verankert ist.

Merkwürdig ist auch, dass in der EU-Diskussion kaum je die viel bedeutsamere Tatsache erwähnt wird, dass das Durchschnittseinkommen in Polen immer noch rund 300 US-Dollar beträgt und dass eine Mehrheit der Bevölkerung weniger verdient, da die Einkommensunterschiede durch die Liberalisierung wachsen. Niemand stellt die Frage, wie das Gros der Bevölkerung mit der westeuropäischen Gesellschaft koexistieren soll, wenn die Westeuropäer 10 Mal mehr verdienen und viel grössere Privatvermögen haben. Dieser fundamentale materielle Unterschied zwischen Polen und der westlichen Gesellschaft wird völlig vernachlässigt.

Die EU-Enthusiasten behaupten, der Beitritt werden die Unterschiede verringern – ohne jedoch für diese These seriöse Argumente liefern zu können. Man scheint suggerieren zu wollen, der Graben werde durch EU-Subventionen zugeschüttet werden. Zudem werde das Einkommen der Polen durch die Öffnung des EU-Marktes für polnische Güter steigen. Gleichzeitig qualifizieren die EU-Enthusiasten den Beitritt als einen Segen, weil er die Konkurrenzfähigkeit der polnischen Wirtschaft stärken werde. Zur selben Zeit scheint die polnische Wirtschaft jedoch grosse Probleme mit dem gegenwärtigen Konkurrenzniveau zu haben, was durch den Importüberschuss aus EU-Ländern belegt wird. Dieser Umstand und die Tatsache, dass Polen den grössten Teil der aus der kommunistischen Zeit geerbten Schulden in den kommenden Jahren wird abzahlen müssen, ist für die polnische Wirtschaft gefährlich.

Die Antiinflation-Politik, die auf relativ hohe Zinsraten des polnischen Zloty abstellt, scheint in Gefahr zu sein. Diese Hochzinspolitik wird angesichts einer hohen Arbeitslosenrate von 15% betrieben. Diese Rate wächst schnell und die Mehrheit der Arbeitslosen hat keinerlei staatliche Unterstützung, da nur die Krankenkassen staatlich abgesichert sind. Viele Arbeitslose leiden schlichtweg an Unterernährung, was man in vielen Kleinstädten ausserhalb Warschaws in Erfahrung bringen kann. Der demographische Druck ist zudem sehr gross, da die Jugendlichen, die während des Solidarnosc Baby Booms geboren wurden, jetzt auf die Arbeitsmärkte drängen. Deshalb hat die Frage der Freizügigkeit auf dem Arbeitsmarkt in den Beitrittsverhandlungen ein grosses Gewicht. Es scheint, dass beide Seiten stillschweigend darin übereinstimmen, die Dogmen des freien Marktes in Bezug auf den Kauf polnischen immobilien Eigentums durch Ausländer und die Freizügigkeit polnischer Arbeitskräfte im Falle ihres Exportes in den Westen aufzugeben.

Gründe für die EU-Haltung der Polen

Die Unterstützung des EU-Beitritts gründet vor allem in Emotionen und historischen Gefühlen. Statt Argumente hören wir

etwa, dass wir ohne EU-Beitritt isoliert werden, und dass der Beitritt eine Art historischer Notwendigkeit darstellt, der die Träume von Generationen polnischer Patrioten erfülle. Obwohl diese Argumentationen sehr zwiespältig und nicht sehr konkret sind, spielen sie eine bedeutende Rolle bei der Schaffung und beim Ausdruck des Klimas rund um die Frage des EU-Beitritts.

Sie drücken das tief verankerte Gefühl der Polen aus, einerseits Teil Westeuropas zu sein, der jedoch durch schlechte geschichtliche Umstände unter das russische Joch kam. Andererseits reflektiert es sowohl die Minderwertigkeitsgefühle gegenüber dem Westen als die Überlegenheitsgefühle gegenüber den Russen, die diesem Schema entsprechend "barbarisch" und "asiatisch" sind. Diese psychologischen Faktoren scheinen eine weit grössere Rolle zu spielen als ökonomisches und politisches Kalkül. Diese Gefühle sind besonders bei der politischen und kulturellen Elite stark verankert. Diese denken, der polnische Mob sei zu tiefst unzivilisiert und ebenfalls ein bisschen "asiatisch" und "barbarisch". Der Beitritt zur EU wird als einziger Weg gesehen, um den Graben zwischen den zwei Zivilisationsebenen aufzufüllen. Die Freiheits-Union, welche die grösste Unterstützung unter den ausgebildeten Menschen hat, ist die Hauptkraft, die den EU-Beitritt mit solchen Gefühlen vertritt. Etliche Sozialdemokraten glauben handkehrum, der EU-Beitritt werden im Kampf gegen den zu grossen Einfluss der katholischen Kirche im öffentlichen Leben helfen.

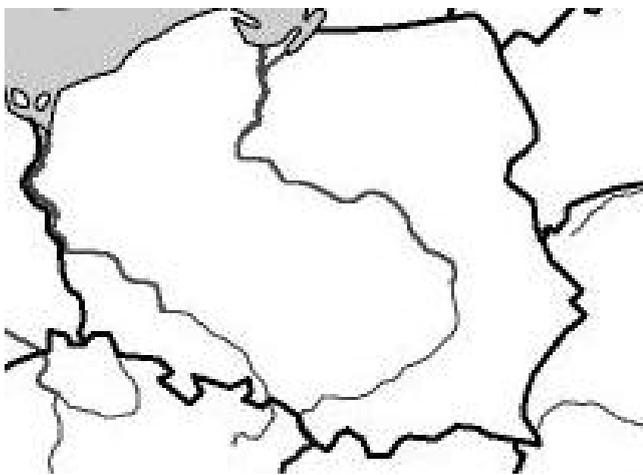
Kritiker dieser Positionen weisen darauf hin, ein Hauptgrund des EU-Enthusiasmus dieser Gruppen sei der Profit, den sie vom Beitritt haben werden – durch das Ergattern von Jobs in der EU-Bürokratie. Andere Kritiker – und ihr Argument scheint tiefer zu greifen – weisen darauf hin, dass die polnische politische Elite sich unfähig fühlt, das Land zu regieren, die Korruption, den Laxismus und die grössten sozialen und ökonomischen Probleme zu lösen. Ein EU-Beitritt erscheint in einer solchen Situation als eine Form der Ausflucht vor der Verantwortung für den Zustand der polnischen Gesellschaft, die nach dem Ende des Kommunismus in Bezug auf Jugendkriminalität, Korruption, die Arbeit der Gerichte,



der Polizei und der staatlichen Institutionen, in Anarchie zu versinken scheint – ähnlich der Situation, die dem Verlust der Souveränität Polens am Ende des 18. Jahrhunderts vorausging.

Ein Kolumnist und Philosoph war der Meinung, als Norweger, Franzose oder als Schweizer würde er einem EU-Beitritt negativ gegenüber stehen, da diese Länder gut regiert, die Gesellschaften gut ausgebildet, die Tradition der Demokratie und der Aktivitäten der Zivilgesellschaft tief verankert sind. So brauchen sie die EU nicht. Als Pole sei er jedoch überzeugt, dass der EU-Beitritt die Qualität der staatlichen Dienstleistungen, den Ausbildungsstand und das demokratische Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger heben werde.

Dieses Argument scheint das vernünftigste pro-EU-Argument zu sein, das vorgebracht wird. Es ist eine Tatsache, dass Polen keine moderne demokratische und kapitalistische Tradition hat. Das gesamte 19. Jahrhundert, das entscheidend für den Aufbau der modernen Gesellschaften bezüglich dieser Fragen war, wurde in Polen für solche Entwicklungen verpasst. Ebenso wahr ist, dass die polnischen Bauern, die 90% der Gesellschaft ausmachten, bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts in einer Art Sklaverei lebten. Die Tradition, eigene Rechte zu haben und für sie zu kämpfen, ist immer noch nicht besonders stark ausgeprägt. Der Kommunismus wurde in der Tat von vielen akzeptiert, und Proteste hatten vor allem wirtschaftliche Gründe. Die polnische Gesellschaft scheint tief gespalten zu sein, da deren Mehrheit einen "öst-



lichen Typus" von Zivilisation verkörpert, der im Kommunismus gut funktionierte, während die Eliten im Allgemeinen prowestlich und antirussisch eingestellt sind. Die Teilung besteht nicht nur zwischen den verschiedenen Gesellschaftsschichten, sondern in den Individuen selber. Viele Leute glauben, dass sie zum Westen gehören – der sich durch eine entsprechende Rolle des Gesetzes und des Staates auszeichne – während sie in der Praxis "östliche" Korruption und "östlichen" Mangel an Rechtsstaatlichkeit tolerieren und praktizieren. Dies kann auch in Bezug auf die katholische Religion beobachtet werden, die die polnische Kultur stark an die lateinische Kultur anbindet. Auf der anderen Seite bleibt der Katholizismus oberflächlich und weist wenig praktische Bedeu-

tung auf. Kwasniewski feierte in den letzten Wahlen einen leicht errungenen Sieg, obwohl er seinen Freund und Minister für eine Parodie des Papstes beklatschte. Handkehrum ist der Katholizismus im öffentlichen Leben etwa durch Kreuzfixe in öffentlichen Schulen und selbst im Parlament sehr präsent.

Umwelt und EU-Beitritt

Die Umweltdebatte ist in der heutigen polnischen politischen Debatte nicht wirklich präsent. Die Mehrheit der Bevölkerung meint zu glauben, dass der EU-Beitritt den Zustand der Umwelt verbessern wird. Dieser verbreitete Glaube stützt sich vermutlich auf die oft wiederholten Darstellungen in den Medien, dass die Erreichung der EU-Umweltstandards die Investition von Milliarden von Dollars bedinge. Manche Umwelt-Aktivisten glauben, ein EU-Beitritt werde einen guten Einfluss auf die Umsetzung der Gesetze haben. Gegenwärtig existieren manche Umweltgesetze nur auf dem Papier. Diese Ansicht scheint Teil des Glaubenssystems zu sein, ein EU-Beitritt verbessere das allgemeine Zivilisationsniveau.

Dabei ist zu beachten, dass die Anpassung ans EU-Umweltniveau vor allem eine technokratische Umweltpolitik beinhaltet: Fragen wie Recycling, Wasser- und Abwassersysteme, Kontrolle der Schwerindustrie treten in den Vordergrund. Manchmal werden auch EU-Standards bezüglich der Hygiene in der Nahrungsmittelproduktion als "umweltfreundlich" taxiert. Ob dieser technokratischen Sichtweise geraten grundsätzlichere Optionen und polnische Errungenschaften im Umweltbereich aus dem Blickwinkel. Polen hat z.B. ein hohes Niveau an Biodiversität bewahrt. Polen hat Nationalparks wie den Bialowieza Urwald, viele Wölfe, eine immer noch über weite Strecken unberührte Baltische Küste. Viele Leute reisen gewöhnlich mit öffentlichen Verkehrsmitteln.

Die Perspektive des EU-Beitritts bewirkt diesbezüglich für die Umwelt nichts Positives. Das vermutlich unrühmlichste Beispiel des Einflusses der EU auf die polnische Umwelt ist das Autobahnprojekt, das durch die EU im Rahmen des Trans European Network (TEN) auferlegt wird. 1998 schnitt die Autobahn A4 das Naturschutzgebiet im St. Anna Landschaftsschutzgebiet entzwei. Polnische Umweltaktivisten und die lokale Jugend organisierten eine grosse Blockade, die erst nach 40 Tagen durch Spezialeinheiten der Polizei und private Sicherheitskräfte aufgebrochen wurde. Die Streckenführung der Autobahn war gesetzeswidrig und das Projekt wurde durch das EU-Phare-Programm, die Europäische Investitionsbank und polnische Steuergelder finanziert. Polnische Umweltaktivisten beobachten mit Neid die schweizerischen Pläne, den Lastwagentransit auf die Schiene zu verlegen und schwere Lastwagen steuerlich zu belasten. Die Kampagne "Lastwagen auf die Schiene" versucht die Entscheidungsträger von einer ähnlichen Transportpolitik zu überzeugen. Umweltprobleme und ihre Lösung scheinen jedoch grössten Teils von der EU-Frage unabhängig zu sein. Es geht um weit grundsätzlichere Fragen wie die anzustrebende Entwicklung sowie die Art des Wirtschaftswachstums und der Demographie.

Während die Umweltfrage in Hinblick auf die EU-Beitrittsfrage noch wahrgenommen wird, wird die fundamentale De-



mokratie-Frage überhaupt nicht diskutiert. Niemand fragt sich, ob es gut sei, von einer internationalen Bürokratie regiert zu werden, die in einem fremden Land angesiedelt ist und die keine Ahnung von den kulturellen Gegebenheiten vor Ort hat. Niemand fragt sich, wie die Gesellschaft die Bürokraten verantwortlich machen kann. Viele Leute sind von der gegenwärtigen, polnischen Regierung nicht begeistert. Wenigstens kennen sie diese Regierung. Sie wissen, wer Premierminister ist. Wie sollen sie jedoch die EU-Kommissare beurteilen, ohne deren Sprachen zu kennen. Wie können sie mit diesen Leuten vertraut sein, so wie sie es mit Kandidaten sind, die in derselben Stadt leben und jeden Tag in den Medien ihre Sprache reden. Die Situation als EU-Mitglied wird zu einer immer grösseren Entfremdung der politisch verantwortlichen Funktionäre von den Bürgerinnen und Bürgern führen.

Auf der anderen Seite werden die Bürokraten zunehmend von den Multis und ihren Lobbies abhängig. Der Round Table of Industrialists ist dafür ein gutes Beispiel. Die meisten Polen haben jedoch keine Ahnung, dass eine solche Organisation der Multis existiert und dass diese Leute Entscheidungen massiv beeinflussen, die deutliche Auswirkungen auf das Alltagsleben der Gesellschaften und der Menschen aufweisen.

Als ich 1998 Brüssel besuchte, fragte ich einen Beamten, der für PHARE arbeitete, warum sie das Autobahnprogramm in Polen finanzierten und ebenso den Schutz der Umwelt, was doch widersprüchlich sei. Seine Antwort war erstaunlich freimütig: er habe so viele Verpflichtungen, dass er keine Zeit habe, über solche Fragen nachzudenken. Zwei Jahre später stellte ich einem polnischen Teilnehmer der EU-Beitritts-Verhandlungsdelegation, der für Transportfragen verantwortlich war, dieselbe Frage. Auch er antwortete, dass er unter solchem Zeitdruck arbeiten müsse, dass er keine Möglichkeiten für ernsthaftere Überlegungen hätte.

Diese Antworten waren irgendwie lustig, andererseits jedoch auch traurig. Vor vierzig Jahren wurde das Interstate-High-Way-System in den USA vom Staatssekretär für Transportwesen, einem ehemaligen Vorsitzenden von General Motors, durch dessen Bedeutung für die Sicherheit der USA gerechtfertigt. Heute rechtfertigen die polnischen Gerichte den Gesetzesbruch durch den Bau von Autobahnen durch Naturschutzgebiete mit dem Argument, Polen müsse die Autobahnen bauen, da es der EU beitreten wolle.

Ich bin der Meinung, dass es eine Art politischer Union in Europa braucht. Es braucht eine internationale Kontrolle und die Koordinierung der Anstrengungen zugunsten der Umwelt. Ich bin sicher, dass die polnische Gesellschaft etliches im Kontakt mit den westlichen Gesellschaften lernen kann. Meine EU-Skepsis rührt vom Umstand her, dass die EU, so wie ich sie sehe, durch eine grosse Bürokratie regiert wird, die nichts mit den Interessen des gewöhnlichen Bürgers gemein hat. Sie hat zudem keine Konzepte, um die wirklich grossen Probleme wie etwa das Umweltproblem zu lösen, ein Problem, das sich in den nächsten Jahren verschlimmern wird. Die Grosse Bürokratie wird nie eine solche Problem-Lösungs-Vision haben. Sobald die Bürokratie jedoch installiert ist, wird sie alles tun, um zu überleben. Bürokraten haben wie Minen-

arbeiter Familien und sie brauchen Geld, um sich den Lebensunterhalt zu finanzieren. Minenarbeiter können streiken und demonstrieren – Eurokraten können demgegenüber Steuern auferlegen. Und ich befürchte, dass diese Steuern nicht auf Börsenspekulationen und auf die gigantischen Profite der Multis erhoben werden, wie sie im Round Table repräsentiert sind. Diese Leute sind in Brüssel gegenwärtig und sie können Geld in Wahlkampagnen investieren. Die Steuern werden deshalb auf den Durchschnittsbürger in einem fremden Land erhoben, auf Leuten, die nicht einmal wissen, wer ihnen das eingebrockt hat.

Gutes Regieren besteht in einem Regieren, das die wirklichen Probleme kennt und sich ihrer annimmt. Der beste Weg, um gutes Regieren zu garantieren besteht darin, zu wissen wer regiert und die Aktionen der Regierenden zu kontrollieren. Ich bin sicher, dass Umweltprobleme real sind und dass wir in den kommenden Jahren realen Probleme – ja sogar Katastrophen – gegenüberstehen werden. Diese werden eine Neudefinition der Grundwerte verlangen, einschliesslich des freien Marktes und des Wirtschaftswachstums. Ich befürchte, dass Leute, die viele, viele Papiere schreiben, ohne Zeit fürs Nachdenken über diese wesentlichen Probleme zu haben, sie nicht lösen werden. Sie werden sogar Probleme haben, die wichtigen Probleme überhaupt wahrzunehmen. ■



80 Organisationen verlangen EU-Referenden

TEAM, die Anti-Maastricht Allianz, ein lockerer Verbund EU-kritischer Organisationen zwecks Informationsaustausch, lancierte im Jahre 2000 eine Petition, die in allen Mitgliedstaaten Volksabstimmungen über jede EU-Vertragsveränderung und Volksabstimmungen im Falle eines Beitritts verlangt. 80 Organisationen und Parteien aus 26 europäischen Ländern – darunter auch das *Forum für direkte Demokratie* – unterstützen die Forderung.

Der Erfolg der Petition drückt die Sorgen der Bevölkerungen Europas bezüglich des Verlusts an demokratischer Kontrolle in ihren Ländern durch die Kompetenzabtretung an die EU aus, unterstrich Hans Lindqvist, TEAM-Koordinator, an einem Treffen mit der schwedischen Aussenministerin Anna Lindh. Lindqvist betonte, eine breite Debatte über die künftige Entwicklung der EU müsse lanciert werden. Die Bevölkerungen müssen demokratische Kontrolle über EU-Entwicklungen zurückerlangen. Die Delegation der Nichtregierungsorganisationen verlangte von der schwedischen Regierung, die im Augenblick das Ratspräsidium innehat, diesen Fragen erste Priorität zu verleihen. Mitteilung TEAM.



Kurzinfos Umwelt

Tiertransporte

Die EU-Kommission hat Mitte Dezember 00 einen Bericht über die Umsetzung der Richtlinie 95/29/EG über den Schutz von Tieren beim Transport (KOM(2000)809) veröffentlicht, der massive Missstände beim Transport von Tieren belegt: überladene Tiertransporter, Transporte schwerverletzter und kranker Tiere, mangelhafte Versorgung der Tiere über Tage hinweg. EU-DNR-Rundschreiben, 1/01. S. 38

EIB unterstützt Strassenbau und Luftverkehr

Die europäische Investitionsbank EIB hat zwei Drittel ihrer Ausgaben im Verkehrssektor im letzten Jahr für Strassenverkehrs- und Flugverkehrsprojekte ausgegeben. Damit bleibt nur ein Drittel der Ausgaben für die wesentlich umweltfreundlichen Verkehrsträger Schiene und Schiffsverkehr. Auch die Steigerung der Ausgaben im Vergleich zum Jahr 1997 wurde vor allem in den Strassenverkehr investiert. Auf das Vergabeverfahren für Finanzmittel hat die Öffentlichkeit kaum Einfluss. DNR-EU-Rundschreiben, 12/00

Umweltintegration und EU-Erweiterung

Der Vertrag von Amsterdam hielt die Integration der Umweltfrage in die gesamte Gesetzgebung der EU fest. Manche EU-Umweltverbände knüpften daran etliche Hoffnungen. Die Mitglieder der EU tun sich bei der Umsetzung des Integrationsprinzips in der praktischen Politik jedoch schwer. Es bleibt bei politischen Willensbekundungen.

Besonders bei den Beitrittsverhandlungen mit den Kandidaten ist von der Integration der Umweltfrage wenig zu spüren. Die EU-Fördermittel werden im Gegenteil häufig für nicht nachhaltige Grossprojekte vergeben. Die Erweiterungsverhandlungen beschränken sich in der Tat auf das Abhaken des Acquis Communautaire und auf das Tauziehen um Übergangsregelungen. Dieses defensive Vorgehen ist einerseits auf die inhaltliche und quantitative Überforderung der mit der Erweiterung betrauten Entscheidungsträger zurückzuführen, andererseits auf die Sorge, jede weitere Befrachtung des zerbrechlichen Erweiterungsprozesses könnte zu dessen Zusammenbruch führen. Sonderheft DNR-EU-Rundschreiben, 12/00 zum Thema "Umweltintegration im EU-Erweiterungsprozess".

EU-Kommission für Änderung des Transitvertrags mit Wien

An der letzten Sitzung im Jahr 00 hat die EU-Kommission auf Antrag der spanischen Verkehrskommissarin de Palacio beschlossen, die Schutzklausel zur Beschränkung der Transitarfahrten streichen zu wollen. 1991 hatte die Regierung in Wien zum Schutz des Alpenraums vor den Verkehrsbelastungen ein Ökopunktesystem mit einer Laufzeit von zwölf Jahren eingeführt. Dieses wurde bei der Aufnahme Österreichs in die EU von der Brüsseler Gemeinschaft als Bestandteil des Beitrittsabkommens übernommen. Jedes Mitgliedland verfügt danach über ein bestimmtes Kontingent von Ökopunkten.

Diese Quote verringert sich jährlich mit dem Ziel, am Ende der zwölf Jahre den Schadstoffausstoss – gemessen am Ausgangsjahr 1991 – um 60 % zu verringern. Die Punkte werden den Transporteuren zugeteilt, die je nach Menge des von ihren Fahrzeugen ausgestossenen Stickstoffs und CO₂ für eine Transitarfahrt durch Österreich einen bestimmten Betrag von ihrem Guthaben abgeben müssen. Wer keine Ökopunkte mehr hat, darf nicht fahren. Falls die Anzahl der Transitarfahrten den Schwellenwert des Basisjahres 1991 um 8% überschreitet, wird nach einer Schutzklausel ein zweiter Beschränkungsmechanismus ausgelöst. In einem solchen Fall muss die EU-Kommission das vorgesehene Jahrestotal an Ökopunkten kürzen, wozu sie im Jahr 2000 verpflichtet war.

Die EU-Kommission stellt das Ökopunktesystem als grossen Erfolg dar. Die Schutzklausel solle aber gestrichen werden, denn diese bestrafe letztlich den ökologisch wünschbaren Einsatz von abgasärmeren Fahrzeugen mit einem unverhältnismässigen zusätzlichen Abzug von Ökopunkten. Juristisch rechtfertigt die EU-Kommission ihr Vorgehen mit einem Passus im Vertrag, wonach die Gemeinschaft diesen nach sechs Jahren mit qualifizierter Mehrheit ändern können. Die österreichische Verkehrsministerin Forstinger sprach jedoch von Vertragsbruch. Die dauerhafte Absenkung der Abgasemissionen sei noch nicht erreicht, weshalb die EU den Vertrag nicht einseitig amputieren dürfe. NZZ. 22.12.00, S. 3

Varia

Europarat – Bericht über die Türkei

Folter und Misshandlungen sind nach Informationen des Europarates auf türkischen Polizeiwachen weiterhin an der Tagesordnung. Dies geht aus einem Anfangs Dezember 00 veröffentlichten Bericht des Anti-Folter-Komitees des Europarates hervor. Häftlinge hätten sich bei der Inspizierung mehrerer Polizeiposten in der Türkei im Frühling 00 über Elektroschocks, Schläge und andere Misshandlungen beklagt. In dem Bericht wird auch der Fall des Gewerkschafters Syleyman Yeter erwähnt, den Angehörige der Antiterrorereinheit des Istanbuler Polizeihauptquartiers zu Tode prügeln. NZZ. 8. 12. 00.

Freihandelsabkommen EFTA – Mexiko

Ende November 00 hat die EFTA (Schweiz, Norwegen, Island, Liechtenstein) in Mexico-City ein Freihandelsabkommen mit Mexiko unterzeichnet. Das Abkommen muss noch von den Parlament der beteiligten Länder ratifiziert werden und soll Mitte 2001 in Kraft treten. Es handelt sich um das erste Freihandelsabkommen der EFTA mit einem Land in Übersee. Der Vertrag öffnet den EFTA-Ländern den gleichen Zugang zum mexikanischen Markt, wie ihn bereits die EU-Staaten sowie die USA und Kanada kennen. NZZ. 29.11.00



EU-Kommission versus Portugal

Die EU-Kommission entschied am 22. 11. 00, die Blockierung der Übernahme des portugiesischen Zementherstellers Cimpor durch den portugiesischen Branchenkollegen Secil und den Schweizer Holderbank-Konzern sei mit dem Wettbewerbsrecht der EU unvereinbar. Die EU-Kommission verweist darauf, sie allein habe in der EU das Recht zur Genehmigung von Fusion und Übernahmen oberhalb bestimmter Umsatzschwellen. NZZ. 24.11.00

Russland wieder vollberechtigt im Europarat

Obwohl sich die Situation in Tschetschenien nicht gebessert hat, sind die russischen Delegierten von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates wieder als stimmberechtigte Mitglieder zugelassen worden. Die Beglaubigung des Mandats der russischen Abgeordneten wurde mit grossem Mehr gewährt. Da sich die Lage in Tschetschenien nicht grundsätzlich gebessert habe, begründet die Versammlung ihre veränderte Haltung damit, dass mit den letztjährigen Sanktionen nicht die Verantwortlichen in der Regierung getroffen wurden, sondern die Abgeordneten, von denen einige aktiv die Grundsätze des Europarats unterstützten.

In einer neuerlichen Entschliessung zu Tschetschenien kritisiert die Versammlung das mangelnde Engagement der Militärstaatsanwälte bei der Untersuchung von Verbrechen, die von russischen Militärs an der Zivilbevölkerung verübt wurden. Auch gebe es weder Anklagen im Zusammenhang mit den vermuteten Massenmorden in drei Gebieten, noch sei das Verbleiben des tschetschenischen Parlamentspräsidenten geklärt. NZZ. 26.1.01, S. 2

EU-Kommission rügt irisches Budget

Die EU-Kommission rügte am 24. 1. 01 die irische Regierung im Rahmen der Überprüfung der aktualisierten Stabilitätsprogramme, welche die Mitgliedstaaten nach dem 1997 verabschiedeten Stabilitäts- und Wachstumspakt jährlich dem Rat und der Kommission vorlegen müssen.

Die Kommission meint, die irische Aktualisierung stimme nicht mit den jüngsten, am EU-Gipfel im Juni verabschiedeten Grundzügen der Wirtschaftspolitik überein. Irland leidet im Gegensatz zum überwiegenden Rest der EU beziehungsweise der Euro-Zone an konjunktureller Überhitzung. Enorme Wachstumsraten sind mit beträchtlichen Haushaltsüberschüssen und hoher Inflation verbunden. Die Geldpolitik der EU-Zentralbank ist für Irland deshalb notgedrungen zu expansiv. Um die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu dämpfen, müsste deshalb Irland im Rahmend der Währungsunion die Ausgaben drosseln und noch höhere Haushaltsüberschüsse erzielen. Dies ist in Irland jedoch politisch schlecht durchsetzbar. NZZ. 25.1.01, S. 17.

Die irische Wirtschaftsministerin, Mary Harney, hat empört auf die Rüge der EU-Kommission reagiert. Harney meinte am irischen Radio, Irland verdiene Lob, nicht Tadel. Als erfolgreichste Wirtschaft der EU stelle Irland ein nachahmenswertes Modell dar. Die hohe Inflationsrate sei weitgehend ein Ergebnis des schwachen Euro. NZZ. 26.1.01, S. 21

Verteilungsprobleme und Demokratie

Sozialen Problemen liegen Verteilungsfragen zugrunde. Der Bürgermeister der Arbeiterpartei von Porto Allegre (Brasilien) Tarso Genro vertritt die Auffassung, die Probleme ungleicher Verteilung des Reichtums sei eine Folge demokratischer Defizite. Überlasse man die Lösung von Verteilungsproblemen ganz dem freien Markt, ohne sie einer demokratischen Kontrolle zu unterwerfen, so laufe man Gefahr, dass sich soziale Ungleichheiten eher verschärfen. Auf dem Markt setzt sich durch, wer am meisten Kaufkraft aufbieten können. Für den Schutz der Menschenrechte ist die Politik, nicht die Wirtschaft zuständig. Proto Allegre ist für den Einbezug der Bevölkerung in die Budgetpolitik berühmt geworden. NZZ.26.1.01, S.9

Schlecht informiert?

Ständerat Eugen David behauptet wahrheitswidrig, dass im Falle eines EU-Beitritts der Schweiz "die direkte Demokratie im Vergleich zur jetzigen Lage mit den Bilateralen durch EU-Völkerrecht nur noch geringfügig tangiert wird" (NZZ, 25. 1. 2001). Entweder ist Herr Eugen schlecht informiert oder er nimmt es mit den Tatsachen sehr ungenau.

Dabei sein, um mitzubestimmen?

Die SP bemüht neuerdings sogar die Demokratie, um Werbung für die EU zu betreiben: "Wollen wir unsere demokratische Tradition und unsere Bürgerrechte wahren, müssen wir in der Europäischen Union mitbestimmen können" (Spendenauftrag vom 15. 1. 2001). Offensichtlich besteht aus "sozialdemokratischer" Sicht der Höhepunkte der demokratischen Entwicklung darin, die Entscheidungsrechte der stimmberechtigten Bevölkerung zu beschneiden, damit Bundesräte und höhere Beamte in Brüssel mitmischen können.



Quellen der Kurzinfos

Die Kurzinfos stellen freie Bearbeitungen der Quellentexte dar und brauchen deren Stossrichtung nicht wiederzugeben. Werden Sätze vollständig verwendet, wird dies nicht eigens vermerkt.

NZZ: Neue Zürcher Zeitung, Zürich, Falkenstr. 11, CH-8021 Zürich

EU-Rundschreiben: EU-Koordinationsstelle des Deutschen Naturschutzring (DNR), c/o Grünes Haus, Prenzlauer Allee 230 D-10405 Berlin

EU-Magazin Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.

Forum pour la démocratie directe

social, écologique et critique à l'égard de l'Union Européenne

EUROPA-MAGAZIN

für dezentrale politische Strukturen in Europa
FÜR DIREKTE DEMOKRATIE

für aktive Menschenrechts- und Minderheitenpolitik
gegen die Schaffung einer WESTeuropäischen Grossmacht
für das Europa der Demokratien, gegen das Europa der Nationen

FÜR UMWELTSCHUTZ

FÜR EINE GLOBALE AUSGEWOGENE ENTWICKLUNG

gegen die 2/3-Gesellschaft

GEGEN DIE NEOLIBERALE DAMPFWALZE

FÜR KOOPERATION STATT ZENTRALISATION



- Schicken Sie mir das EUROPA-MAGAZIN zur Ansicht
- Ich möchte beim Forum (bei Gelegenheit) mitpolitisieren.
- Ich möchte das EUROPA-MAGAZIN abonnieren (4 x jährlich 30.– Franken)
- Ich möchte Mitglied des Forums werden und zahle den Mitgliederbeitrag von Fr. 50.– (30.– für wenig verdienende) (Inklusive Abonnement EUROPA-MAGAZIN).

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

Ort: _____

Einsenden an: Forum für direkte Demokratie, Postfach, 8048 Zürich (Telefon (0041) 031-7312914; Fax: 031 7312913; PC: 30-17465-5) Wenn Sie das EUROPA-MAGAZIN abonnieren oder Mitglied des Forums werden wollen, verwenden Sie am besten gleich den beiliegenden Einzahlungsschein. Die Einsendung dieses Talons erübrigt sich.

Redaktionsadresse:

EUROPA-MAGAZIN

Postfach
8048 Zürich
Tel. 031 - 731 29 14
Fax: 031 - 731 29 13



<http://www.europa-magazin.ch>

Impressum

Herausgeber:

Forum für direkte Demokratie
EU-kritisch, ökologisch, sozial

Redaktion:

Paul Ruppen (pr)

Lektorat:

Annette Jungen, Maro Schnyder, Christian Thomas, Seraina Seyffer, Gérard Devanthery

Logos und Büchersterne: Josef Loretan

Entwicklung und Konzeption der Website:

Chris Zumbrunn Ventures, CH-2610 Mont-Soleil

Redaktionsadresse:

EUROPA-MAGAZIN, Postfach,
8048 Zürich, Tel. 031 - 731 29 14
Fax: 031 - 731 29 13

<http://www.europa-magazin.ch>

E-Mail: forum@europa-magazin.ch

Druck: S&Z Print AG, 3902 Brig-Glis

Auflage: 3 000

Erscheinungsweise: 4 mal jährlich

Jahrgang 9, Nr. 32, Februar 2001

Abonnement: Fr. 30.–, DM 40.–

Redaktionsschluss: 15. Mai 2001

AZB 8048 Zürich
PP Journal
CH-8048 Zürich